

# VORAN

Marxistische Zeitung für SPD, Juso und Gewerkschaft

Nr. 28

März 1978

60 Pfg.

## VERTEIDIGT DEN LEBENSSTANDARD!

Unser hart erkämpfter und erarbeiteter Lebensstandard steht auf dem Spiel! Seit dem Beginn der Krise im Herbst 1974 wird uns ununterbrochen von allen Sprechern des Kapitals und aus allen Kanälen eingehämmert, daß wir jetzt einmal vorübergehend den Gürtel enger schnallen müßten, bis die Krise vorbei sei. Inzwischen sind bald vier Jahre vergangen. Doch so laut die Maßhalteappelle auch klingen mögen, glaubwürdiger werden sie nicht. Denn sonst müßten wir ja als Lohn für Einbußen in unserem Lebensstandard jetzt wieder die Hoffnung haben können, daß es endlich mit der Wirtschaft aufwärts geht und wir mit unserem Lohn uns wieder mehr leisten können.

Für viele Kollegen ist jetzt das Maß voll. Die von den Unternehmern geschürte Angst um den Arbeitsplatz kann uns nicht davon abhalten, jetzt wieder das zurückzufordern, was wir in den letzten Jahren verloren haben. Die Erfahrung der Kollegen von der IG-Druck und Pa-

pier zeigt: **STILLHALTEN MACHT KEINEN EINZIGEN ARBEITSPLATZ SICHERER** und kann keinen von uns vor der drohenden Arbeitslosigkeit oder Abstufung schützen.

Die mächtige Gewerkschaftsbewegung ist die einzige Kraft, die die Arbeiter, Angestellten, ihre Familien, die Rentner und Jugendlichen aus dieser Misere herausführen kann. Wenn die Unternehmer mehr oder weniger unverblümt sagen, wir sollten auf Lebensstandard zugunsten steigender Profite verzichten, dann kann unsere Antwort nur heißen: **VERZICHT AUF PROFITE EINIGER WENIGER ZUGUNSTEN STEIGENDER REAL-EINKOMMEN FÜR UNS ALLE!**

Laßt uns fest zusammenstehen! Laßt uns dafür kämpfen, daß jeder von uns Arbeit und einen ausreichenden Lebensstandard garantiert bekommt. Setzen wir uns ein für ein garantiertes Mindesteinkommen von 1400,- DM netto.

Sorgen wir dafür, daß unsere Gewerkschaftsführer voll und kompromißlos

unsere Belange den Unternehmern gegenüber vertreten. Lassen wir es nicht zu, daß uns die Butter vom Brot genommen wird. Verteidigen wir unseren Lebensstandard!

### RATIONALISIERUNG

Wer dient eigentlich wem? Die Technik dem Menschen oder der Mensch der Technik?

Jeder, der in der letzten Zeit Rationalisierungen miterlebt hat, kann es berichten: Die Bosse haben mit Rationalisierungen den einen verschärfte Leistungshetze und ummenschlichen Druck beschert, die anderen aber vor die Tür gesetzt.

Dabei könnte man doch die Technik voll einsetzen, um die Arbeit zu erleichtern und die Arbeitszeit zu senken. Aber gerade daran ist den Unternehmern nicht gelegen. Der Arbeiter ist für ihn nur ein Kostenfaktor, und nicht mehr.

fizit der Rentenversicherung genannt, und jedesmal ist der Betrag höher als zuvor. Es scheint nach neuesten Zahlen wahrscheinlich, daß bis 1982 an die 30 Mrd. DM Fehlbetrag gedeckt werden müssen. Und um die Bundesregierung gleich auf den aus ihrer Sicht "richtigen" Weg zu führen, stellte die "FAZ", Sprachrohr des Großkapitals, am 14.1.1978 fest, die Finanzierung der Rentenversicherung sei "nur mit außerordentlichen harten Eingriffen möglich". Aus zuverlässiger Quelle hatte das Blatt erfahren, daß die Regierung bereits den Rotstift gezückt hatte: Es sei damit zu rechnen, "daß künftig das Weihnachtsgeld beziehungsweise das 13. Monatsgehalt und andere Sonderzahlungen, wie Urlaubsgeld, voll der Beitragspflicht zur Sozialversicherung unterworfen werden".

### SANIERUNG

Noch Anfang November hatte die Bundesregierung an einem vorläufigen "Sanierungsprogramm" herumgeschustert, um die Finanzierungslücke zu decken. Dieses Programm sollte aber zwei Annahmen zur Grundlage haben: 1. Abbau der durchschnittlichen Jahresarbeitslosigkeit von 850 000 (1977) über 775 000 (1978) und 700 000 (1979) auf 630 000 (1980)



Rationalisierungen sind nur dann annehmbar, wenn kein einziger Arbeitsplatz verschwindet und wenn kein Kollege Lohn einbußen erleidet, wenn die Arbeit erleichtert und verkürzt wird.

Aber dabei stehen uns die Unternehmer im Wege.

"Die Unternehmer sperren die Arbeiter aus. Wann schaffen wir den umgekehrten Fall?" fragt ein Kollege in der Streik-Sonderausgabe "Druck und Papier" 1/78. Er hat den Nagel auf den Kopf getroffen.

- \* Kein Abbau von Arbeitsplätzen, keine Entlassungen
- \* Aufteilung der Arbeit auf alle durch Senkung der allgemeinen Arbeitszeit ohne Lohnverlust
- \* Für die Verstaatlichung der Druckindustrie unter demokratische Arbeiterkontrolle

## HÄNDE WEG VON DEN RENTEN!

Seit vier Jahren haben wir in der Bundesrepublik im Durchschnitt eine Million Arbeitslose. Auf den ersten Blick scheint dies wenig mit den skandalösen Vorgängen um die Rentenversicherung zu tun haben, aber der Zusammenhang wird umso deutlicher, wenn man sich vor Augen führt, was für katastrophale Flurschäden die Arbeitslosigkeit dem Netz sozialer Sicherungen Jahr um Jahr zufügt:

\*Zehn Mrd. DM die in Form von Arbeitslosenunterstützung an die Betroffenen für ihr erzwungenes Nichtstun bezahlt werden.

\*Zehn Mrd. DM Ausfall von Steuern und Sozialabgaben

\*20 Mrd. DM Produktionsausfall (entspricht dem Wert der Güter, die diese Million hätte herstellen können.) Diese durch das kapitalistische Wirt-

schaftschaos verursachte riesige Verschwendung schreit zum Himmel. Sie frißt sich mehr und mehr in den sogenannten "Sozialstaat" hinein.

Ein Vorbot für das, was in den nächsten Jahren noch auf uns zukommen wird, ist die Lage der Rentenversicherungen.

Nachdem die Bundesregierung wenige Wochen nach der Bundestagswahl im Herbst 1976 gezwungen war, erstmals diese Probleme einzugestehen, wurde Bonn mit Waschkörben voller Protestbriefe empörter Arbeiter, Rentner und ganzer SPD-Untergliederungen überflutet, die darin einen Bruch des Wahlversprechens erblickten, die Renten würden auf jeden Fall sicher sein.

### DEFIZIT

Inzwischen werden fast jede Woche neue Zahlen über das mutmaßliche De-

2. Anstieg der Bruttolöhne der Arbeitnehmer von 1977 bis 1980 um jährlich 7,5 Prozent (laut "Handelsblatt" vom 4.1.77) Man hore und staune! Der Wunsch als Vater des Gedankens. Für eine Senkung der Arbeitslosigkeit gibt es gegenwärtig absolut keine Anzeichen.

FORTSETZUNG SEITE 2

## ARTIKEL ÜBER

Sozialhilfeempfänger	
Kampffonds.....	S. 2
Juso-Kongress: Signale	
zur Umorientierung.....	S. 3
SPD-Führen Kom-	
promisse weiter?.....	S. 4
Betriebsratswahlen.....	S. 5
Interview mit spanischem	
Gewerkschafter.....	S. 6
Hafenarbeiter setzen	
Signal.....	S. 7

# VORAN

VORAN zur sozialistischen Demokratie!  
Überregionale marxistische Zeitung für  
SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaft

Erscheint seit Dezember 1973

Redaktionsanschrift: VORAN  
Hammesberger Str. 75  
5630 Remscheid

Konto: Postscheckamt Essen  
H. G. Öfing Nr. 170 20 433

Verantwortlicher Redakteur:  
Hans - Gerd Öfing

Druck: Gegendruck Essen

## TE...RORISTEN! ODER GEWERKSCHAFTER

Schon wiederholt haben wir uns in dieser Zeitung gegen den Terrorismus schärfstens ausgesprochen. Für die Vertreter des Großkapitals sind Terrorakte nämlich stets ein willkommenes Anlaß, zum Gefecht gegen alle Sozialisten und Gewerkschafter zu blasen. Es ist ihnen bereits gelungen, die sozialliberale Koalition so unter Druck zu setzen, daß diese bereit war, "Anti-Terror-Gesetze" zu verabschieden. In der SPD-Fraktion regte sich jedoch Widerstand: Die von der rechten Kanalarbeitermehrheit als "Viererbande" beschimpften MdBs Coppel, Hansen, Meinike und Lattmann waren nicht bereit, den neuesten Gesetzesvorlagen zuzustimmen:

- \* Bei Fahndung nach "Terroristen" sollen ganze Gebäudekomplexe untersucht werden können, wenn vermutet wird, daß sich Gesuchte irgendwo darin aufhalten.
- \* Auch unverdächtige Personen, die sich nicht ausweisen können sollen zur "Feststellung der Identität" festgenommen werden können.
- \* An Straßen und Plätzen können Kontrollstellen für Großfahndungen eingerichtet werden.

Man braucht keine allzugroße Phantasie, um sich vorstellen zu können, daß diese Maßnahmen auch gegen Streikende zur Einschüchterung angewandt werden können. Erst kürzlich schilderte der nordrhein-westfälische Landeskripi-Chef in einem Zeitungsinterview, daß zur Begründung von Haus- und PKW-Durchsuchungen "Heuchelei an der Tagesordnung" gewesen sei - also üble Tricks und Vorspiegelung falscher Tatsachen.

Angesichts schwerer in den nächsten Jahren bevorstehender Klassenkämpfe reichen diese Maßnahmen der CDU/CSU immer noch nicht! Sie verlangt die Einschränkung des Demonstrationsrechtes und fordert den "gezielten Todesschuß".

An der Bonner Universität wurde kürzlich (im Auftrag der Bundeswehr) eine Studie erarbeitet, welche die Möglichkeiten untersuchte, wie die Bundeswehr am besten gegen "zivile Störer" eingesetzt werden könne. Sie sieht den Einsatz von schweren Maschinengewehren, Kanonen und Panzerwagen vor, gestützt auf den Artikel 87a, der 1968 zusammen mit den Notstandsgesetzen in das Grundgesetz eingebaut wurde. Erst kürzlich übte das Pionierbattalion 110 in Hildesheim bei einem Manöver den Bürgerkriegseinsatz. Zur Erklärung wurde den Soldaten erläutert, "radikale Kräfte" hätten sich "zu einer Protestdemonstration gegen Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise zusammengerottet".

So ist es zu begrüßen, wenn in der Bundestagsfraktion unserer Partei einige Leute aufgewacht sind. Die vier "Fraktionsrebell" verdienen unsere volle Unterstützung. Gleichzeitig müssen wir fragen: Reicht es aus, nur "Nein" zu sagen? Müssen wir nicht ihre Auswirkungen auf die gesamte Arbeiterbewegung publik machen? Gerade diese vier MdBs könnten mit ihrer Autorität in SPD und DGB auf ein enormes Echo stoßen, wenn sie eine echte Kampagne zur Verteidigung der bürgerlichen Grundrechte entfachen würden. Diese wäre jedoch erst dann wirklich effektiv, wenn sie die Ursachen dieser Repressionbestrebungen schonungslos aufdecken würden, die in der kapitalistischen Klassengesellschaft begründet sind. Nur eine Verbindung mit dem Kampf für die sozialistische Umwandlung dieser Gesellschaft kann den Widerstand gegen sogenannte "Anti-Terror-Gesetze" erfolgreich machen.

## Sozialhilfempfänger

VORAN sprach mit Renate Rieboldt, 27,  
Sozialhilfempfängerin aus Köln

VORAN: Du bist 100 %ig körperlich behindert wie sehen die Chancen aus, daß Du eine Arbeitsstelle kriegst?

"Überhaupt keine. Früher habe ich als Näherin gearbeitet und dabei nur DM. 15, -- Taschengeld monatlich gekriegt und die Zeit wird auch nicht als Rente anerkannt, später ist sie verloren. Dam bin ich immer im Privathaushalt gewesen und durchschnittlich DM. 100-500, -- netto verdient. Ich wurde ausgenutzt bis zum Gehnichts mehr.

VORAN: Wie lange bist Du arbeitslos?

"Man kann sagen, mindestens 5-6 Jahre - die Stellen waren immer nur für ein paar Wochen, bis die Hausfrau wieder alles auf Hochglanz hatte, dann wurde ich gekündigt!!

VORAN: Was bekommst Du vom Staat als Unterstützung?

"Arbeitslos bekomme ich gar nichts, auch keine Arbeitslosenhilfe aufgrund meiner bisherigen Tätigkeit. Ich bekomme vom Sozialamt DM. 293, -- für einen ganzen Monat, davon muß ich Strom, Lebensmittel, Friseur Körperpflege und Vergnügen bezahlen. Die Miete (315, -- warm) wird vom Staat bezahlt, und da ich ja behindert bin, ist der Staat auch noch so gnädig und bezahlt DM. 119, -- an die Krankenkasse.

VORAN: Wie kommst Du damit aus?

Bei einer Redaktionssitzung kochte eine Genossin ein schmackhaftes und kräftiges Menü für alle und erzielte dabei einen Erlös von weit über 50, -DM. Ein Redakteur hat im Krankenhaus einen halben Liter Blut gespendet, und die 50, -DM sofort für den Kampffond einbezahlt. Viele Genossen landauf landab haben sich bereits zum Blutspenden angemeldet. Bei einer Diskussionsrunde von VORAN-Lesern in Hamburg wurden einmal 33 DM, und ein anderes Mal 45,75 DM eingesammelt.

Die diesjährige Tarifrunde begann mit einem erfolgreichen Kampf der Hafenarbeiter. Ohne Entschlossenheit und breite Solidarität hätten die Kollegen es nie soweit geschafft. Ähnliches läßt sich auch über den Auftakt unserer Kampffonds-Sammlung 1978 sagen. Mit der entschlossenen Anstrengung vieler Genossen ist es uns gelungen, in den ersten beiden Monaten des Jahres auf eine ganz ansehnliche Summe zu kommen.

Bis zum 23. Februar sind bei uns insgesamt 3549,68 DM eingegangen. Dafür danken wir allen, die sich daran beteiligt haben. Unser Aufruf hat ein gutes Echo gefunden. Viele Verkäufer und Leser erklärten sich ohne großes Zögern bereit, einmalige größere Spenden einzuzahlen. Sie zückten ihre Schekhefte oder kratzten ihr Bar- oder Sparvermögen zusammen. Einige stifteten 200, - oder 100, -DM. In Hamburg hat sich ein Leser verpflichtet, monatlich 20, -DM zu spenden, eine Leserin in München gab uns 10 DM und ein Betriebsratsvorsitzender in Remscheid unterstützte uns mit einem 20-Mark-Schein.

Viele der versprochenen Spenden sind immer noch unterwegs, und so läßt sich zu recht hoffen, daß dieser Spendenfluß zum Jahresanfang kein Strohflecken geblieben ist.

Aber es sind nicht nur solche Einzelspenden, die sich zu einem ansehnlichen Betrag zusammengehäuft haben, sondern auch die vielen "kleinen" Ideen und Anregungen einzelner VORAN-Verkäufer, die sich in bare Münze umsetzen ließen.

## HÄNDE WEG...

Fortsetzung von S.1

Jetzt ist der Traum von dem vierstufigen Abbau der Arbeitslosigkeit ausgeträumt. Anstatt der angestrebten 850 000 waren 1977 doch wieder über eine Million Menschen arbeitslos, und für die nächsten Jahre werden es eher mehr werden, wie selbst die Regierungsspitze inzwischen zugibt! Und wenn die Bundesregierung einen Bruttolohnanstieg von 7,5% befürwortet, warum steht sie dann in der Tarifrunde nicht mit ganzer Kraft hinter den Gewerkschaften? Diese Zahlen sind inzwischen wohl längst im Papierkorb gelandet. Am 14. Januar berichtete die "FAZ" weiter aus den Gesprächen in Regierungskreisen: "Die fühlbare Verringerung der Rentensteigerung allein wird bei der Höhe der Defizite aber nicht ausreichen, um die Rentenbilanz halbwegs ins Gleichgewicht zu bringen."

Und im Februar nannte Sozialminister Ehrenberg die neuesten Pläne der Regierung: \* Der Rentenanstieg 1979 soll auf 4,5% und von 1980 bis '81 auf 4% begrenzt werden. Nach dem bisherigen Verfahren der "bruttolohnbezogenen Berechnung" wäre die Erhöhung bei 7,2%, 6,9% und 6,1% gelegen. Somit werden die Rentner in drei Jahren zwei Monatsrenten verlieren!

# ausgenutzt ...

"Überhaupt nicht. Nur, wenn ich keinen Freund hätte, wäre ich eine arme Sau! Ich habe von manchen gehört, Sozialempfänger mit Mann, Frau und 2 Kindern, die auch mit DM. 293, -- auskommen müssen. Wie kommt man heute damit aus, wenn die Bonzen es für sich einstecken, damit sie eine schöne Karriere machen.

VORAN: Was für Erfahrungen hast Du mit den Behörden gemacht?

"Ja, z. B., ich hatte keinen eigenen Mietvertrag (da ich mit meinem Freund wohnte), um eine eigene Wohnung vorzuweisen. Ich kam nicht weiter mit dem Sachbearbeiter. Also, ich bekam einen neuen Sachbearbeiter, dann ging dieselbe Scheiße von vorne los. Ich habe dauernd Anträge gekriegt, die ich bestimmt schon zehn mal ausgefüllt hatte. Dann haben sie mir die Pistole auf die Brust gesetzt und haben gesagt, ich müßte mich von meinem Freund trennen und mir eine eigene Wohnung suchen, wenn ich Sozialhilfe bekommen wollte. Ich habe gesagt, ich könnte nicht alleine wohnen, wegen meiner Krankheit. Dann war es mir zu bunt, da wollte ich alles fallen lassen, dann hat mich einer von der SPD auf eine gute Idee gebracht. Ich sollte mich mal in Nippes an das Bürgerzentrum, Interessengruppe Sozialhilfe EV wenden. Und ich habe es jetzt getan.

VORAN: Wie ging es dann weiter?

"Da ist eine von der Gruppe mitgegangen und hat den Sachbearbeiter mal richtig unter Druck gesetzt! Als er hörte, daß wir von der EV sind, wußte er schon, was los war. Wir sind so brav empfangen worden, daß ich erst eine Kontoauszahlung von DM. 62, -- direkt in die Hand bekam und 2 Straßenbahnfahrkarten umsonst! Eine Woche später hat er mir DM. 760, -- für Bekleidung bewilligt, weil er wußte, daß ich mich sonst bei dem Obersten aller Sozialämter der Stadt Köln beschwerte. Und da kriegen die Angst, weil der Oberste eigentlich mit uns arbeitet und ist auch Sozialdezernent der Stadt Köln und SPD-Mitglied.

VORAN: Was hast Du aus den ganzen Erfahrungen gelernt?

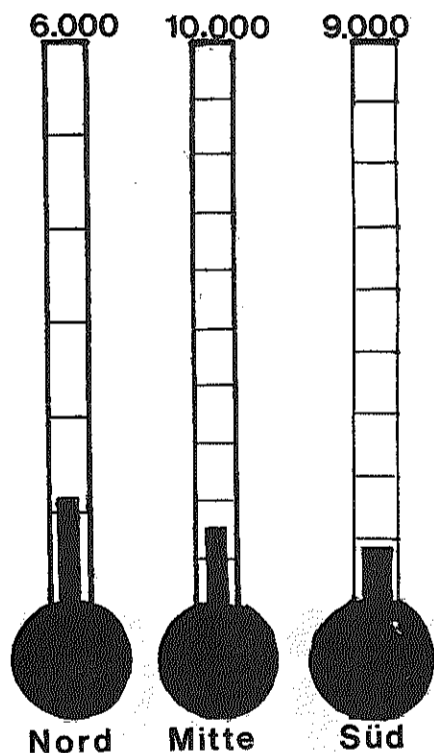
Ich war froh, daß ich die Gruppe kennengelernt habe und ab und zu gehe ich mal hin, um Material aufzuschnappen, um mich besser zu informieren. Dabei ist man stärker, denn man lernt sowieso nie aus. Die Gruppe hat mir insofern geholfen, daß im Gegensatz zu früher, als ich immer von den Sachbearbeitern auf den Behörden für doof gehalten wurde, mich jetzt zum Teil besser in den Sozialgesetzen auskenne als mancher Sachbearbeiter, der hinterm Schreibtisch sitzt. ■

## ►► Kampffonds ◀◀

# Guter Start - weiter so!

Bei einer Redaktionssitzung kochte eine Genossin ein schmackhaftes und kräftiges

### ZIEL FÜR 1978



Menü für alle und erzielte dabei einen Erlös von weit über 50, -DM. Ein Redakteur hat im Krankenhaus einen halben Liter Blut gespendet, und die 50, -DM sofort für den Kampffond einbezahlt. Viele Genossen landauf landab haben sich bereits zum Blutspenden angemeldet. Bei einer Diskussionsrunde von VORAN-Lesern in Hamburg wurden einmal 33 DM, und ein anderes Mal 45,75 DM eingesammelt.

Die Kapitalisten haben kein Vertrauen mehr in die Zukunft ihrer eigenen Wirtschaft. Viele von ihnen investieren ihr Geld lieber im Ausland oder in irgendwelche völlig unnütze Spekulationsobjekte.

Wir investieren unser Geld in VORAN. Wir wissen, daß unser Geld dort gut aufgehoben ist, weil VORAN Programm und Weg aufzeigt, wie man aus dem kapitalistischen Chaos heraus zu einer neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung gelangen kann.

Also Genossen, laßt nicht locker. Laßt nicht nach in der Beharrlichkeit, Mark für Mark zusammenzulegen, um VORAN zu stärken, um mit dafür zu sorgen, daß VORAN noch häufiger und besser erscheinen kann, daß noch mehr Genossen und Kollegen unsere Zeitung kennenlernen und unterstützen werden. Es gibt noch viel zu tun - gemeinsam werden wir es schaffen!

Postscheckkonto Angela Bankert  
Postscheckamt Essen  
Kontonummer 2422 50 432

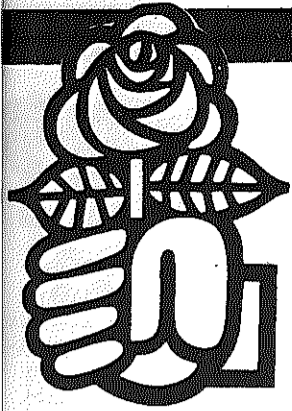
den bescheidenen Wohlstand nach dem Zweiten Weltkrieg mit Schweiß und Gesundheit teuer bezahlt, Sie haben in ihrem ganzen Leben die Taschen der Großkonzerne und Großbanken prall gefüllt und einige Brotkrumen vom Tisch der Bosse erkämpft. Und jetzt soll den älteren Kollegen und Rentnern selbst die Ruhe eines viel zu kurzen Lebensabends genommen werden? Ganz schlaue Rentenmanager meinen, es sei gerecht, wenn nicht nur die Rentner, sondern alle Arbeiter und Angestellte für das Defizitaufkommen müssen. Gerecht ist weder das eine noch das andere. Gerecht kann nur sein, wenn diejenigen zur Kasse gebeten werden, die sich am Lebenswerk unserer Rentner gesundgestoßen und saniert worden. Die Unternehmer sollen gefälligst das Defizit decken, und soviel rausrücken, daß kein Rentner mehr in bescheidenen, kargen Verhältnissen leben muß. Jeder braucht eine garantierte Mindestrente von 1400 DM, damit der Lebensabend nicht zum Alptraum wird.

Die Unternehmer haben uns mit der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit beschert, jetzt sind sie an der Reihe, die Folgen zu tragen, und die Suppe auszulöffeln. Wenn sie sich dagegen sträuben, dann bleibt keine andere Wahl, als daß die breite Arbeiterbewegung selbst die Industrie und Wirtschaft in eigene Hände nimmt, diese Schmarotzer auf die Straße wirft und in einer demokratischen Planwirtschaft endgültig mit Arbeitslosigkeit und Existenzangst Schluß macht. ■

### ALTERNATIVE

Die Zusicherung des Bundeskanzlers, auch weiterhin würden zu jedem Monatsersten pünktlich die Renten ausbezahlt, kann die Rentner nicht zufriedenstellen. Für Millionen, die weit unter 1000 DM Monatsrente beziehen, geht es um jede Mark und bedeutet jede Verringerung des Zuwachses letzten Endes einen Einschnitt in den Lebensstandard. Die heutige Generation der Rentner hat in ihrem Leben zwei verheerende Weltkriege, Hunger und Existenzangst miterlebt, viele haben für

# JUSO - KONGRESS: SIGNALE ZUR UMORIENTIERUNG?



Der diesjährige Bundeskongress der Jungsozialisten in Hofheim wurde sicherlich vom gesamten Verband mit besonderer Spannung erwartet.

Dies insbesondere nach dem katastrophalen vergangenen Jahr, in dem politische Arbeit praktisch kaum stattfand, in dem die Organisation auf Bundesebene teils durch den Ausschluß Benneters, teils durch die politische Orientierungslosigkeit der führenden Juso-Tendenzen lahmgelegt war.

Vor dem Hintergrund der tiefgreifenden Wirtschaftskrise seit 1974/75 mit ihren Folgen besonders für die arbeitende und lernende Jugend, sollte man gerade von den Jusos klare Antworten erwarten können. Doch ein geschlossenes Konzept und Impulse für die praktische Umsetzung sind seit Jahren ausgeblieben.

Dieser Zustand des Verbandes wie auch die Politik der SPD-Führung, die immer mehr Verwaltung der kapitalistischen Krise betreibt und Kritik aus den eigenen Reihen durch bürokratische Maßnahmen zu unterdrücken versucht, waren nicht gerade dazu angetan, junge Leute für Partei oder Jusos zu gewinnen.

Umso wichtiger wäre es daher gewesen, wenn dieser Juso-Kongress die bestehende Ungewissheit auch an der Basis zu lösen vermocht und mit neuem Programm, neuem Vorstand und einer neuen Führungspersönlichkeit Zeichen gesetzt hätte! Doch der Kongress-Auflauf bot alles andere als einen erneuten Auftrieb für den Verband. Er wurde voll und ganz beherrscht durch die Personalfrage. Außer einigen dringlichen Resolutionen und dem Aktionsprogramm überwies man sämtliche Anträge an den Bundesauschuss, das heißt der Kongress insgesamt beschäftigte sich nicht mit Aussagen zu grundlegenden Sachfragen.

Einziger "Lichtblick" war die Demonstration geschlossener Solidarität mit den sogenannten "Abweichlern" in der SPD-Bundestagsfraktion. Auch der stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende Hans Koschnik hatte wahrscheinlich nicht eine derart einmütige Zurückweisung seines Redebeitrags erwartet, mit dem er den Jusos offenbar "den Kopf waschen" wollte.

Doch selbst hierbei muß grundlegend festgestellt werden: Kritik an Bundesregierung, SPD-Führung und Mehrheitsfraktion allein genügt nicht - man muß auch Alternativen anbieten können. Und genau das ist es, was die Theoretiker aus allen drei Lagern vermissen lassen.

## REFORMEN

Es werden zwar immer eine Reihe von Forderungen vorgebracht, die in solche kurz- und mittelfristiger Durchsetzbarkeit eingeteilt werden (langfristig steht dann der Sozialismus an), doch werden nicht die Voraussetzungen genannt, unter denen diese Forderungen zu erfüllen sind. Die Strategie der "antikapitalistischen Strukturreformen" ist schon fast zur heiligen Kuh geworden. Zweifel daran sind nicht angebracht. Man bestätigt sich nur auf jedem Kongress immer wieder die theoretische Richtigkeit dieser Strategie, ohne daß sie in der Praxis auch nur einen Schritt weitergeführt hätte.

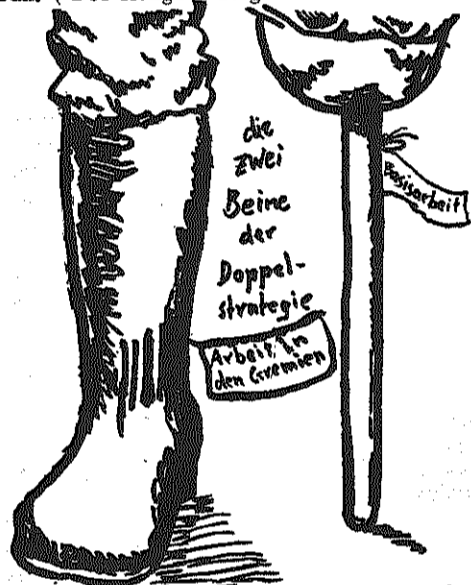
Doch in der derzeitigen kapitalistischen Krise stehen keinesfalls noch Reformen auf der Tagesordnung, schon gar keine "antikapitalistischen", sondern nur Kürzungen und Abbau in allen Bereichen. Was nützen daher all die schönen kurz- und mittelfristigen Forderungen, z. B. nach mehr Arbeitsplätzen im staatlichen Bereich, wenn nicht gesagt wird wie diese zu finanzieren sind? Oder die Forderungen nach mehr öffentlicher Kontrolle der Wirtschaft, in welcher Form auch immer wenn die Unternehmer die Kontroll- und Verfügungsgewalt besitzen und alle Forderungen die auf die grundlegende Veränderung dieser Machtverhältnisse abzielen, als langfristige Nachsehen werden? Solange sozialistische Forderungen auf Überführung des Großteils der Wirtschaft in Gemeineigentum und demokratisch kontrollierte Planung der Wirtschaft nicht unmittelbar mit den aktuellen Forderungen verbunden werden, solange man so tut, als seien diese kurz- und mittelfristigen Forderungen auf Grundlage dieser mehr und mehr zerüttelten Wirtschaftsordnung erfüllbar - solange muß ihre Durchsetzung Utopie bleiben!

## AKTIONSPROGRAMM

Auch die Leitartikel der verschiedenen Flügel (einschließlich dem Aktionsprogramm)

blieben zu diesen Fragen die Antwort schuldig.

Das Hick-Hack um dieses Aktionsprogramm zog sich über den ganzen Kongress hin. Nachdem sich noch am Freitag Abend der ursprüngliche Entwurf des Programms aus dem Bezirk Westliches Westfalen und der aus verschiedenen Bezirks-Papieren zusammengefaßte Reformisten-Antrag in einer Kampfabstimmung gegenüberstanden, stimmten am Sonntag Nachmittag fast alle Bezirke dem bis dahin zusammengeschusterten Einheitsbrei aus beiden Papieren zu. Nach "guter" Tradition hatte man wieder mal die große Schere angesetzt und geleistert, was das Zeug hielt. Auch die "Reformsozialisten", die solches Verfahren in allen ihren Papieren heftig kritisiert hatten, machten dabei eifrig mit. Wohl kaum 10% der Delegierten blickten am Schluß noch durch, wie nun die endgültige Fassung des Aktionsprogramms aussah. (Der Kongress liegt inzwischen einen



Monat zurück, doch weiß die Basis bis heute noch nicht, wie ihre neuen Aktions-Richtlinien aussehen.)

## PERSONALFRAGE

Dieses Trauerspiel wurde nur noch übertriften durch das Tauziehen um den neuen Vorsitzenden. Mehrere Stunden gingen dem Kongress verloren durch Anträge verschiedener Bezirke auf Unterbrechung - um ihre Delegationen auf den neuesten Stand der Absprachen zu bringen oder um selbst erneute Schachzüge auszuklempeln. Hinter den Kulissen rangelten derweil die jeweiligen Chefstrategen. Neben der Frage des neuen Vorsitzenden war noch die Zusammensetzung des Vorstands, sprich der "Fraktionsproporz", Gegenstand der Auseinandersetzungen.

Bei der Vorstellung der Kandidaten für den Vorsitzenden konnte Gerhard Schröder, auf dem sicherlich viele Hoffnungen der Ba-

sis liegen, wenig überzeugen. Auch er konnte weder klare Zielvorstellungen noch ein festes Programm vorweisen. Im Gegenteil, er warnte sogar ausdrücklich vor "überspannten Erwartungen" und wollte keine konkreten "Versprechungen" für seine Amtszeit abgeben. Ottmar Schreiner dagegen wirkte ausgesprochen kämpferisch, kritisierte die Schwächen und Fehler des Verbandes in Grund und Boden - doch bleibt natürlich die Frage: was hat die Tendenz, der er sich zurechnet, während ihrer langen Amtszeit zur Umsetzung dieser Erkenntnisse getan?

## WORTRADIKAL

Es ist überhaupt zur Zeit kennzeichnend für die "Reformsozialisten", daß sie sich äußerst wortradikal gebärden, undemokratische Strukturen, Fraktions-Egoismus, den chaotischen Kongressablauf heftig kritisieren (Schreiner sprach sogar -richtigerweise - davon, daß nur eine Handvoll Delegierter auf dem Kongress überhaupt noch das Geschehen vor und hinter den Kulissen durchblicken würden), wobei sie sich selbst jedoch bei ihrem Rundumschlag mehr oder weniger ausschließen. Schließlich hatten sie jaoh die Verantwortung für den Verband, und die Kongresse verliefen schon unter ihrer Federführung ebenso chaotisch, undemokratisch und ohne Impulse für die Basis wie seit dem Wechsel von Hamburg.

## ANTI-BÜNDNIS

Nach der Wahl mit ihrer eindeutigen Mehrheit für Schröder bleibt festzustellen, daß sich das Hamburger Bündnis aus Stamokaps und Anti-Revisionisten auf eine breitere Basis stellen konnte. Es stützt sich aber wohl mehr auf die Unzufriedenheit der Basis mit der bisherigen Politik der Reformisten, ist also mehr ein Anti-Bündnis, als daß es ein einheitliches, geschlossenes Programm anzubieten hätte. Hierin liegt auch die Brüchigkeit dieses Bündnisses: die Reformisten sind nach wie vor die stärkste Einzelgruppierung der Jusos und wenn es der "Juso-Linken" nicht gelingt, ihr Bündnis mit inhaltlichen und praktischen Alternativen auszufüllen, wird sich die Unzufriedenheit auch schnell gegen sie selbst richten und der Verband nicht aus seiner Krise geführt werden können.

Der Kongress hat dieses jedenfalls nicht geleistet: das geänderte Aktionsprogramm wird kaum Auswirkungen auf die Arbeit an der Basis haben und zu wesentlichen Fragen haben sich die Jusos nicht geäußert.

Aufgabe des Kongresses wäre es gewesen, nicht nur durch Resolutionen sondern durch praktische Solidarität den Arbeitskämpfer Drucker zu unterstützen.

## SETZER UND DRUCKER BRAUCHEN RÜCKHALT ALLER!

"Dieser Streik ist der wichtigste in der Geschichte der Arbeiterbewegung", so heißt es in der Sonderausgabe 1/78 im Gewerkschaftsorgan "Druck und Papier".

"Genossen seid ihr, hervorragend", meint ein Streikposten bei der Wuppertaler "WZ", offensichtlich überrascht, überhaupt jemanden von der SPD und den Jusos bei den Streikposten zu sehen.

"Soll ich Euch sagen, wieviel wir verdienen! Zum Teil ist unser Grundlohn bis zu 5 Mark weniger als in anderen Berufen. Das wissen die Leute nicht. Unser Lohn wird erst anständig durch Überstunden, durch die Nachtschicht und die Sonntagsarbeit. Sicher haben wir einen Lebensstandard, der verhältnismäßig höher ist - aber schau mal, was wir alles opfern müssen: wir haben keine Zeit, kein normales Leben."

"Und unser Familienleben geht auch noch dabei kaputt!", fügt ein anderer hinzu. "Das wissen viele Leute nicht, sie bekommen nur die Meinung der Bosse zu hören."

"Für viele dieser Kollegen ist der Streik wirklich ein Kampf um die Existenz", bestätigt ein Streikposten. "Die wollen doch alles per Computer machen - da kriegst Du deine Nachrichten alle durch eine Presseagentur - nichts mehr mit Lokalreportage und so." Die Kollegen sind guter Stimmung. "Wir können es wochenlang aushalten", ist die Meinung vieler. In den letzten 5 Jahren sind in der Druckin-

dustrie 35.000 Arbeitsplätze der Rationalisierung zum Opfer gefallen. Bei Girardet in Wuppertal allein wurde die Belegschaft um über ein Drittel abgebaut.

### AUFRUF!

In diesen Tagen der scharfen Konfrontation zwischen den Gewerkschaften und dem Kapital mit all seinen Helfershelfern kommt es darauf an, daß jedes SPD-Mitglied, jeder Juso, Falke und Gewerkschafter aktiv diejenigen Kollegen und Gewerkschaften unterstützt, die in der vordersten Tarif- und Streikfront stehen.

\* Sammelt möglichst viele Solidaritätserklärungen von Gewerkschaften, Juso, Falken- und Gewerkschaftsgruppen und bringt sie direkt den betroffenen Kollegen!

\* Tragt mit dazu bei, die Bevölkerung über die wirkliche Lage aufzuklären, und organisiert Informations- und Solidaritätsveranstaltungen gemeinsam mit den betroffenen Kollegen!

\* Organisiert konkrete materielle Hilfe, sammelt Spenden für Streikfonds!

ES KOMMT AUF JEDEN AN!

Die Kollegen stehen mit dem Rücken zur Wand. Sie wissen: Wenn sie jetzt nicht geschlossen für die Sicherung der Arbeitsplätze und die Beibehaltung der Facharbeiterlöhne kämpfen, dann sind sie schon morgen weg vom Fenster.

\* gründliche Diskussionen zur derzeitigen Tarifrunde zu führen und umfangreiche Vorbereitungen für Aktionen und Kampagnen zur Unterstützung der Arbeitnehmer in dieser bisher schärfsten Tarifaueinandersetzung zu planen.

\* in Sachen Rentenversicherung und Abbau von Sozialleistungen eindeutig Stellung zu beziehen und politische Alternativen anzubieten.

## KAMPAGNE

VORAN fordert schon seit Jahren eine grundlegende Umorientierung der Jusos hin zu den Problemen junger Arbeitnehmer. Dazu gehört:

\* Erstellung eines Aktionsprogramms, das sich nach draußen an die Jugendlichen wendet (in Gegensatz zum jetzt verabschiedeten Aktionsprogramm), und das man den Jugendlichen mit gutem Gewissen und ohne Lexikon in die Hand drücken kann. Darin müssen die wichtigsten Probleme der Jugend aufgegriffen, grundlegende Forderungen zu ihrer Abschaffung gestellt und deren Durchsetzung mit der Frage der wirtschaftlichen und politischen Macht in dieser Gesellschaft unmittelbar verbunden werden.

\* gezielte Kontaktaufnahme und Einladung von Jugendvertretern, Berufsschülern, jugendlichen Arbeitslosen, usw. zu Juso-Veranstaltungen.

\* Durchführung einer bundesweiten Kampagne gegen Jugendarbeitslosigkeit, die in jedem Unterbezirk oder Kreisverband umgesetzt werden kann, wobei die Bezirks-, Landes- und Bundesebene die Aktionen koordiniert, zusammenfaßt, den Untergliederungen Materialien zu Verfügung stellt, den Erfahrungsaustausch ermöglicht und der Basis echte Orientierungshilfen und Handlungsanleitungen gibt. Inhaltliche Grundlage einer solchen Kampagne sollten eindeutige, klare Aussagen sein:

- \* für einen ausreichenden, garantierten Mindestlohn
  - \* Recht auf einen Ausbildungsplatz für jeden Schulabgänger
  - \* 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich
  - \* Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf Arbeitende und Arbeitslose
  - \* verlängerter Jahresurlaub ohne Lohn einbußen
  - \* Recht auf Weiterbildung für alle
- Diese Forderungen müssen verbunden werden mit der Forderung nach
- \* Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, Banken und Versicherungen unter demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung
  - \* Planung der Wirtschaft entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit
- denn nur auf dieser Grundlage ist es realistisch und möglich, die Jugendarbeitslosigkeit wie die Arbeitslosigkeit generell abzuschaffen. ■

Nach mehrjährigem Warten haben die Kollegen das Warten satt. Ein Jahr lang hatte die Gewerkschaft mit den Arbeitgebern über die Sicherung der Arbeitsplätze und Facharbeiterlöhne verhandelt - ohne Ergebnis. Still und heimlich haben die Bosse weiter einen nach dem anderen entlassen.

Die Unternehmer und ihre Interessenvertreter wollen einen Keil treiben zwischen die Kollegen aus der Druck-Branche und die übrigen Arbeiter, indem sie das böse Wort von den "fortschrittshemmenden Maschinenstürmern" herumschleudern. Doch der Kampf der Setzer und Drucker von heute ist der gleiche Kampf wie der vieler anderer Berufszweige von morgen. Ob Dreher, technischer Zeichner oder Bürokaufleute, jeder muß damit rechnen, durch Rationalisierungen in den nächsten Jahren die Straße zu fliegen.

Wenn es den Druckerei-Besitzern jetzt gelingen sollte, die Kollegen in die Knie zu zwingen, dann werden die Unternehmer anderer Branchen Aufwind kriegen und verstärkt auf unserem Rücken rationalisieren. Andererseits wird ein erfolgreicher Ausgang dieses Streiks allen Arbeitern und Angestellten den Rücken stärken. Die Druckereibesitzer und Pressezeutern wissen dies. Deshalb sind sie stur. Unsere Antwort kann nur heißen: DIE SETZER UND DRUCKER KÄMPFEN FÜR ALLE! UNTERSTÜTZT SIE DESHALB MIT VOLLER KRAFT!

# SPD - FÜHREN KOMPROMISSE WEITER?

In Teil zwei unseres Artikels wurde beschrieben, wie die SPD 1966 in die Regierung eingebunden wurde. Nur die SPD hatte einen guten Draht zu den Gewerkschaften und kam somit mit den Maßhalteparolen bei den Arbeitern viel besser an, welche die herrschende Klasse wegen der Wirtschaftskrise 1966/67 durchsetzen wollte. Diese Absicht des Kapitals traf sich mit dem Bestreben der SPD-Führung, "an der Macht teilzuhaben". Unter der großen Koalition wurde die Krise schnell überwunden, weil die BRD als einziges Land betroffen war und deshalb eine Ankurbelung der Exporte die gesamte Wirtschaft mitzog.

Diese verhältnismäßig schnelle Krisenüberwindung schrieb die Parteiführung der "dyaamischen" Politik des Wirtschaftsministers Karl Schiller zu. Die Illusion, mit der von ihm vertretenen Politik den Lebensstandard der Arbeiter dauerhaft anheben zu können, kam zum Ausdruck in den vom Nürnberger Parteitag verabschiedeten "Perspektiven für die 70er Jahre", die die Grundlage für die Bundestagswahl 1969 bildeten. Darin wurde ein ganze Palette längst überfälliger Reformen versprochen: Vermögensbildung, Steuerreform, Bildungsurlaub, Mitbestimmung, Mietrecht, um nur einige zu nennen. Vollbeschäftigung, gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung und stetiges Wirtschaftswachstum bei Geldwertstabilität und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht und steigende Einkommen wurden in Aussicht gestellt. "Grundsatz produktiver Sozialpolitik ist es, dem Bürger ein regelmäßig wachsendes Arbeitseinkommen zu sichern".

Die wirtschaftspolitische Grundlage dieser "Perspektiven" bedeutete jedoch einen Rückschritt hinter das Godesberger Programm, welches noch die "Bändigung der Macht der Großwirtschaft" zu einer zentralen Aufgabe erklärt hatte. In den "Perspektiven" ist nur noch die Rede davon, daß die "Folgen dieses Konzentrationsprozesses... tragbar zu machen" seien und man "wirtschaftlich notwendige Zusammenschlüsse fördern" müsse.

In der Zwischenzeit waren einzelne Schichten der Arbeiterklasse wieder in Aktion getreten, sie wurden aufgeweckt durch die wachsende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit und erkannten, wie die Unternehmer von der Krise profitiert hatten. So kam es im September 1969 zu einer Reihe "spontaner Streiks" in vielen Industriebetrieben. Gleichzeitig waren die späten 60er Jahre auch gekennzeichnet von einer anschwellenden Studentenbewegung, die auch viele politisch fortgeschrittene Jugendliche, Lehrlinge und Jungarbeiter mitzog. Diese allgemeine Radikalisierung stärkte die SPD weiter und erbrachte ihr bei der Bundestagswahl 1969 42,7 Prozent.

Das Wahlergebnis ermöglichte eine Koalition aus SPD und FDP, die sozialliberale Regierung Brandt/Scheel. Die CDU/CSU wurde nach 20jähriger Regierungsführung in die Opposition gedrängt. Die Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die sozialdemokratische Führung stärkte die Erwartungen und Hoffnungen der SPD-Wähler auf gründliche und tiefgreifende Reformen.

## Reformen

Doch der erwartete Neuanfang blieb aus. Eine Reihe von begrüßenswerten Sozialreformen wurde sicherlich durchgesetzt - Vorsorgeuntersuchungen, Öffnung der sozialen Krankenversicherung, verbessertes Rentenrecht, Erweiterung der gesetzlichen Unfallversicherung, verbesserter Mieterschutz - aber viele ehrgeizige Projekte blieben im Sand stecken.

Gleichzeitig stiegen die Preise ständig an und fraßen sich in die Reallöhne der Arbeiter hinein. Schillers konzentrierte Aktion versuchte, die Lohnsteigerungen zu drücken, aber die Reaktion auf die Preissteigerungen blieb nicht aus. 1970 kam es wiederum zu einer Reihe inoffizieller Streiks, und 1971 führten die Metalller in Nordwürttemberg/Nordbaden einen machtvollen Streik für die Forderung nach 11% Lohnerhöhung.

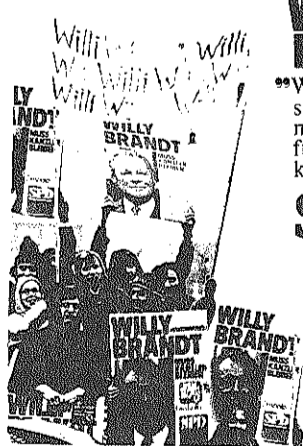
Zwischen 1970 und 1972 brachten die Ergebnisse der Landtagswahlen zum Ausdruck, daß unter der Bevölkerung keine große Begeisterung über die Regierung herrschte: Die SPD konnte nirgends wesentliche Gewinne verbuchen, sondern in einigen Fällen mitlere Verluste. In Hessen verlor sie die absolute Mehrheit im Landtag.

Als Anfang 1972 die CDU/CSU die terroristischen Aktionen der Baader/Meinhof-Gruppe zum Vorwand nahm, um Gesetze zu verschärfen und Staatsorgane wie den Bundesgrenzschutz auf den Einsatz im Inneren umzurüsten, zog die SPD-geführte Bundesregierung mit. Im Januar '72 unterzeichnete Willy Brandt zusammen mit den Ministerpräsidenten den sogenannte Radikalerlaß, der inzwischen hunderten "radikalen" Bewerbern Zugang vom öffentlichen Dienst versperrt (auch unbequemem Sozialdemokraten) und unter dem Stichwort "Berufsverbote" traurige Berühmtheit erlangt hat.



Wahl '72

Das Jahr 1972 brachte dann einen wichtigen Umschwung. Am Tag nach der enttäuschenden Landtagswahl in Baden-Württemberg sah die CDU/CSU, gestärkt durch einige Überläufer im Bundestag aus den Reihen von SPD und FDP, ihre Stunde gekommen, um durch ein Mißtrauensvotum die Regierung Brandt zu Fall zu bringen. Die Reaktion der Arbeiter in den Industriezentren ließ keinen Tag auf sich warten. Vielerorts wurden spontan Massenkundgebungen für Willy Brandt organisiert und standen aus Protest buchstäblich alle Räder still. Die organisierten Arbeiter erkannten, daß es galt, die Offensive des Kapitals abzuwehren und die sozialdemokratisch geführte Regierung gegen die CDU/CSU zu verteidigen. Nachdem der Anlauf der CDU/CSU fehlgeschlagen war, brach in vielen Betrieben spontaner Jubel aus! Die Enttäuschung war vergessen, sie war angesichts der drohenden Rückschritte durch eine CDU/CSU-Regierung einer Begeisterung gewichen. Alleine die Woche des Mißtrauensvotums brachte der SPD 60 000 neue Mitglieder. Arbeiter und Jugendliche vereinten sich, um ihre Partei zu stärken und ihr bei der im November 1972 folgenden Bundestagswahl zum Sieg zu verhelfen.



Willy Brandt:

"Wer morgen sicher leben will, muß heute für Reformen kämpfen."

SPD

Ein wichtiger Grund für diesen Sieg lag darin, daß angesichts einer Offensive des Kapitals und seiner anonymen Verbände zugunsten der CDU/CSU selbst die führenden Genossen der SPD mit radikalen Worten diese finanzstarken Hintermänner der CDU/CSU angriffen und damit die Hoffnung stärkten,

Das im Oktober verabschiedete Wahlprogramm stellte für den Fall eines SPD-Wahlsieges umfangreiche Reformen auf allen Gebieten in Aussicht, breite Schichten wurden von der Begeisterung mitgerissen, und bei einer Rekordwahlbeteiligung von über 90% errang die SPD knapp 46% der Stimmen und setzte sich in einer klaren Mehrheit von Wahlkreisen durch. Daß nun endlich eine Politik im Interesse der breiten Mehrheit der Bevölkerung auf der Tagesordnung stehe,

## Enttäuschung

Doch die Hochstimmung in der SPD-Anhängerschaft und unter den organisierten Arbeitern allgemein sollte nicht lange anhalten. Denn recht bald wurde sichtbar, daß die Parteiführung, die im November erreichte breite Mobilisierung nicht ausnützte, um Veränderungen gegen den Widerstand des Kapitals auszunutzen. Allen denjenigen, die sich von einem SPD-Wahlsieg grundlegend Neues und eine bessere Zukunft versprochen hatten, wurde praktisch eine Ohrfeige verpasst, als die Regierungserklärung Willy Brandts im Januar 1973 die Arbeiter aufforderte, leiser zu treten und ihnen belehrend klarmachen wollte, daß ein solides Wachstum auch Mäßigung erforderte. Noch deutlicher wurden die Gegensätze zwischen der Bundesregierung und den Arbeitern im August-September 1972 als die Arbeiter in zahlreichen Betrieben im Ruhrgebiet wie schließlich im ganzen Bundesgebiet spontane Streiks für Teuerungszulagen durchführten und diese in vielen Fällen auch erringen konnten. "Dies ist nicht die Stunde hoher Forderungen", so hatte Willy Brandt die Kollegen über Fernsehen und Rundfunk zurückzuhalten versucht.

Als nun der Lebensstandard der Arbeitnehmer weiter angegriffen wurde und die Hoffnung vieler Gewerkschafter auf eine qualifizierte Mitbestimmung ebenfalls nicht erfüllt wurde, schlug sich dies nieder in den Ergebnissen der Landtagswahlen in den Jahren ab 1974. In Hamburg blieben offensichtlich viele Arbeiter bei der Bürgerschaftswahl zu Hause. 1972 hatten die meisten von ihnen noch SPD gewählt. So ging die Wahlbeteiligung gegenüber der Bundestagswahl von 92,2 auf 80,5% zurück, die SPD verlor 203 814 Stimmen, die CDU gewann ganze 12 095 Stimmen dazu. In Niedersachsen war es im Juni 1974 ähnlich: Die Wahlbeteiligung sank von 91,4 auf 84,5%, die SPD verlor 411 445 Stimmen, die CDU gewann 81 989 Stimmen hinzu.

Beide Ergebnisse zeigen: Nur wenige ehemalige SPD-Wähler sind zu CDU übergelaufen, die meisten haben sich der Wahl enthalten, enttäuscht über die SPD-Politik, aber gleichzeitig ohne echte Alternative.

## Schmale Lohntüten

Als 1974 Willy Brandt zurücktrat und Helmut Schmidt Bundeskanzler wurde, machte dieser in seiner Regierungserklärung deutlich, daß nun keine großen Sprünge mehr zu erwarten seien. Und nur zwei Jahre nach dem großen Wahlsieg, der eine bessere Zukunft einläuten sollte, stieg die Arbeitslosigkeit unaufhörlich an, bis sie die Millionenschwelle überschritten hatte. Maßhalteappelle, wie sie bisher nur in der Deutlichkeit von dem CDU-Kanzler Erhard ausgesprochen worden waren, kamen nun aus dem Munde Helmut Schmidts: Die Arbeiter sollten mal auf einen Teil ihres Lohnzuwachses verzichten, damit die Unternehmer mehr investieren könnten und somit neue Arbeitsplätze schaffen würden, denn "die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen".

Jeder weiß, daß die Arbeitslosigkeit seither nicht mehr von dem Millionensockel runterzukriegen ist und daß die gute alte Zeit der "goldenen 60er Jahre" vorüber ist. Aber aus dem Munde unserer Parteiführer haben wir nur abwechselnd Maßhalteappelle und beschönigende Versprechungen gehört.

Was nun? Das Kapital weiß genau, daß unter den gegebenen Umständen eine SPD-geführte Bundesregierung keine Bedrohung darstellt für die Herrschaft des Profits, und dies aus zweierlei Gründen:

Zum einen sitzt ja in Form der FDP die kleine Partei des großen Kapitals im Kabinett mit drin und bestimmt den Kurs, zum anderen sehen entscheidende Teile des Kapitals klar, daß unsere gegenwärtige Parteiführung mehr Angst vor einer mobilisierten Arbeiterklasse, als vor den Erpressungsversuchen der Unternehmerverbände hat. Deswegen scheint vielen Unternehmern nur recht zu sein, daß die SPD nach wie vor an der Regierung beteiligt ist, denn sie versprechen sich davon, daß die organisierten Arbeiter eher "im Zaum gehalten" werden können.

Es kann ihnen nur passen, wenn die SPD verantwortlich gemacht wird für die Krise, die einzig und allein das kapitalistische System zu verantworten hat.

Mehr und mehr Parteimitglieder und Anhänger der SPD werden sich jetzt fragen, wo unsere Partei steht und wie es weitergehen soll.

Denn die Politik, wie sie Parteiführung heute betreibt, hat sich in der Nachkriegszeit endgültig durchgesetzt, zu einer Zeit, als es nur darauf ankam, dem kapitalistischen System die Giftzähne zu ziehen und auf der Grundlage stetigen Wachstums mehr und mehr Reformen durchzusetzen. Oder wie wollte man sich sonst erklären, daß diese Genossen immer noch eine Politik vertreten, die nicht den Gegebenheiten und Notwendigkeiten der 70er Jahre entspricht?

Der Lebensstandard der breiten Masse ist gesunken, Arbeitslosigkeit ist zu einem Dauermerkmal geworden, und der Sozialstaat ist am Abbröckeln. So sieht die Realität aus.

Pragmatisches Wurschteln im "Rahmen des Möglichen" bringt uns da keinen Schritt weiter. Was heißt denn schon "möglich"? In Kapitalismus sind die einfachsten Dinge unmöglich - eine anständige Wohnung, Arbeit, ein ausreichendes Einkommen sind für viele schon Luxus.

## Staatsfinanzen

Die Marxisten und die Zeitung VORAN mußten leider Recht behalten, als sie fast alleine schon vor Jahren vor dieser Entwicklung warnten. Die Arbeitslosigkeit bedeutet für den Staat und für die Allgemeinheit einen Ausfall von zig Milliarden jährlich (Arbeitslosenzahlungen, Steuerausfall, Produktionsausfall etc.), dazu wurden noch weitere zig Milliarden den Unternehmern in Form von Subventionen, Vergünstigungen in den Rache gestopft. Das Defizit des Bundeshaushalts 1978 ist mit über 30 Mrd. Neuverschuldung auf schwindelnde Höhen geklettert mit weiter steigender Tendenz. Früher oder später müssen diese wachsenden Staatsdefizite wieder ausgeglichen werden, und dazu gibt vier Möglichkeiten:

- ⊙ Die Regierung bringt mehr Geld in Umlauf um die Schulden auszugleichen, Ergebnis: Mehr Inflation, die sich in die Reallöhne reinbeißt.
- ⊙ Die Regierung treibt sich das Geld von den Unternehmern ein. Höchstwahrscheinlich werden sie sich mit Händen und Füßen dagegen wehren.
- ⊙ Die breite Masse wird stärker besteuert.
- ⊙ Die Ausgaben werden durch drastische Sparmaßnahmen gekürzt, Sozialleistungen und Bildungswesen sind dem Rotstift ausgesetzt.



(Aus „Handelsblatt“)

Sozialdemokratische Reformpolitik ist geknüpft am Wachstum und Vollbeschäftigung. Damit steht und fällt innerhalb des engen Rahmens des Kapitalismus jede Reformpolitik im Interesse der Arbeiter, Angestellten, Jugendlichen und Rentner.

Das kapitalistische System kann keine heilige Kuh sein, die jed Narrenfreiheit genießt und mit uns machen kann, was sie will. Wenn diese Kuh uns nicht mehr genügend gute Milch spendet und uns sogar noch tritt, wenn wir mehr wollen, dann ist es höchste Zeit zur Notschlachtung.

Wenn die SPD-Führung nicht rechtzeitig begreift, daß ihre Aufgabe nicht in der Kosmetik am kapitalistischen System, sondern einzig und allein in der Abschaffung des Kapitalismus und der Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft liegen kann, droht der Partei wie der gesamten Arbeiterbewegung eine verhängnisvolle Zukunft. Die Hoffnung auf eine sozialistische Zukunft liegt jedoch in den Händen der Basis der Arbeiterbewegung und SPD-Mitgliedschaft. Viele SPD-Mitglieder fangen jetzt allmählich an, politische Schlußfolgerungen zu ziehen. Sie werden unvermeidlich zu sozialistischen Schlußfolgerungen kommen und mithelfen, daß die alte Tradition des Marxismus in der deutschen Sozialdemokratie wiederbelebt wird.

# RÄTE- UND BETRIEBSRÄTEBEWEGUNG IN DEUTSCHLAND

Vom 1. März bis zum 31. Mai finden dieses Jahr Betriebsratswahlen statt. Kaum jemand weiß heute noch, daß die heutigen Betriebsräte aus der revolutionären Rätebewegung 1918/19 in Deutschland hervorgegangen sind. In einer früheren Ausgabe (Oktober 77) veröffentlichten wir einen Artikel, der den Aufstieg dieser Bewegung beschrieb, bis sie fast die Staatsmacht in den Händen hielt. Ein allgemeiner Rätekongress im Dezember 1918 forderte jedoch - anstatt die Macht selbst in die Hand zu nehmen - die Wahl einer Nationalversammlung. Am 6. Februar 1919 ging aus dieser Nationalversammlung eine Koalitionsregierung zwischen Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) und den bürgerlichen Parteien Zentrum und Deutschnationale hervor. Die Räte hatten sich praktisch selbst entmachtet.

Der Großteil der Arbeiter hatte geglaubt, daß die MSPD wie versprochen die Sozialisierung einleiten würde. Sie setzte aber nur eine Kommission ein, die feststellen sollte, welche Betriebe sich überhaupt zur Verstaatlichung eignen.

Unter dem Druck der eigenen Parteibasis faßten Parteivorstand und Reichstagsfraktion der MSPD im März 1919 folgenden Beschluß über die Räte:

"Zur Mitwirkung an Sozialisierungsmaßnahmen, zur Kontrolle sozialisierter Betriebe zur Überwachung der Gütererzeugung und Verteilung im gesamten Wirtschaftsleben sind gesetzlich geordnete Arbeitervertretungen zu schaffen. In dem zu diesem Zweck schleunigst zu schaffenden Gesetz sind Bestimmungen zu treffen über die Wahl und Aufgaben von Betriebs-, Arbeiter-, und Angestelltenräten, die bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse gleichberechtigt mitzuwirken haben. Es sind weiter Bezirksarbeiterräte und ein Reichsarbeiterrat vorzusehen, die vor dem Erlaß wirtschaftlicher und sozialpolitischer Gesetze ebenso wie die Vertretungen aller übrigen Stände gutachtlich zu hören sind und selbst Anträge auf Erlaß solcher Gesetze stellen können. Die entsprechenden Bestimmungen sind in der Verfassung der deutschen Republik festzulegen."

Zu gleicher Zeit als diese Resolution von der Führung der MSPD verabschiedet wurde, setzten dieselben Leute militärische Gewalt ein, um die Macht der Räte zu zerschlagen. Unter dem Oberbefehl des führenden Mitglieds der MSPD, Noske, war aus Abenteurern, alten Generälen, Monarchisten und Offizieren ein Freikorps entstanden. Noske, ("Einer muß der Bluthund sein."), befahl die Erschießung jedes bewaffneten Arbeiters. Tausende von Aktiven der Revolution wurden verhaftet bzw. erschossen. Unter den Ermordeten waren auch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

## Auflösung

Durch militärische Feldzüge wurden innerhalb von sechs Monaten sämtliche Räte brutal aufgelöst. Die Aktion war nur deshalb erfolgreich, weil die Koordination zwischen den Räten der einzelnen Städten und Regionen noch nicht gefestigt war und so kein gemeinsames Handeln gegen die verhältnismäßig schwache Truppe Noskes möglich war.

Es war keine bewußte Führung vorhanden, die es verstanden hätte, die Aktionen aller Räte in allen Städten zu koordinieren und so gezielt den Widerstand der Reaktion zu überwinden.

In Bayern hatten am 7. April die Arbeiter- und Soldatenräte die Räterepublik ausgerufen. Sie bekundeten sofort die Absicht, mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln Schluß zu machen. In Bayern gab es sogar Bauernräte, die sich regelmäßig versammelten.

Am 1. Mai fiel die bayerische Räterepublik unter dem Ansturm der Truppen Noskes. Die folgende Unterdrückungsaktion wütete mit verheerender Grausamkeit unter der Münchner Arbeiterschaft.

Mitte 1919 waren die letzten großangelegten Offensiven gegen das rote Sachsen das Ende der Räte. Nachdem die Arbeiter entworfen waren, wurden das besitzende Bürgertum, die Gutsbesitzer und Studenten entwaffnet und in Zeitfreiwilligenregimentern zusammengefaßt.

Die Konterrevolution wurde besiegelt in der Weimarer Verfassung vom 31. 7. 1919. Die bürgerliche Ordnung wurde verfassungsmäßig festgeschrieben. Der §165, der die Rechte der Räte festlegte, blieb weit hinter den kurz zuvor von der MSPD verabschiedeten Beschlüssen zurück und wurde außerdem nie voll in die Praxis umgesetzt. In der Weimarer Verfassung heißt es:

"Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat. Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsar-

beiterrat treten zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretungen der Unternehmer und sonst beteiligten Volkskreisen zu Bezirksarbeiterräten und einem Reichswirtschaftsrat zusammen. Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetze, würde von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer

Karl Liebknecht eröffnet den ersten Reichsrätekongress in Berlin



vom 1. März bis 31. Mai:

## BETRIEBSRATSWAHL

Vor dem Hintergrund für mehr Lohn finden vom 1. März bis zum 31. Mai in der gesamten BRD in allen Betrieben mit mehr als fünf Beschäftigten Betriebsratswahlen statt. Viele Gewerkschafter stellen sich die Frage: "Wen sollen wir wählen? Sollen wir selbst kandidieren? Haben Betriebsräte überhaupt einen Zweck? Sie sind doch an die Friedens- und Schweigepflicht gebunden! Dadurch sind die Betriebsräte ja gezwungen, die wirkliche Lage eines Betriebes zu verschweigen, selbst wenn sie diese kennen!"

Zwar ist es äußerst wichtig, zu erkennen, daß Betriebsräte vom Gesetz her nur in das kapitalistische System eingebunden werden sollen. In den letzten beiden Jahrzehnten sind viele ihrer Rechte Stück um Stück beschnitten worden. Aber kämpferische Betriebsräte konnten in der Vergangenheit den Geschäftsleitungen viele Zugeständnisse abringen. Viele Kollegen können dies bestätigen. Und ein geschickter Betriebsrat hat bisher stets Mittel und Wege gefunden für die Belegschaft Vorteile herauszuholen.



angstmachen

Vor allem in den krisenanfälligen Branchen ist es in den letzten Jahren vielen Unternehmern gelungen, Betriebsräte auf ihre Seite zu ziehen, indem sie ihnen etwas über die 'katastrophale Lage' vorjammerten und mit Massenentlassungen drohten falls sie nicht bestimmte Beschränkungen oder Abbau von Errungenschaften aus der Vergangenheit hinnahmen. Und diese Kollegen haben sich dann vor Betriebsversammlungen gestellt und die Linie der Geschäftsleitung voll und ganz vertreten. Wahrscheinlich haben sie es garnicht

Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden."

Die Soldatenräte, die einst im Interesse der Revolution die Armee umfunktionierten, waren Mitte 1919 ebenfalls zerschlagen. Nach der neuen Verfassung durften in der Armee nur noch Soldatenräte gewählt werden zur Mitsprache bei Verpflegung, Urlaub, Unterbringung und Beschwerden.

Zur Verstaatlichung kam es nicht mehr, obwohl es in der Verfassung noch erwähnt wird. Die Regierung beschränkte sich darauf im Kohlen- und Kalibergbau und in der Stahlindustrie Selbstverwaltungsorgane zu bilden. Diese Organe waren nichts anderes als staatlich kontrollierte Zwangskartelle zwischen Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Verbrauchern. Sie wurden im Laufe der Weimarer Republik immer funktionsloser.

Die offizielle gesetzliche Zurückdrängung der Räte auf betrieblich soziale Interessen erfolgte durch das Betriebsrätegesetz im Februar 1920. Nach diesem Gesetz mußten jährlich in jedem Betrieb mit mindestens fünf Beschäftigten ein Vertrauensmann und ab 20 Beschäftigten ein Betriebsrat gewählt werden. Sie hatten die Aufgabe der "Währ-

nehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer" und die Unterstützung des Arbeitgebers in der "Erfüllung der Betriebszwecke".

Sie hatten das Recht auf Einsicht in die Rechnungsbücher und waren stimmberechtigt im Aufsichtsrat. Sie sollten die tarifvertraglichen Abmachungen überwachen, konnten Betriebsvereinbarungen abschließen und hatten die Mitwirkung bei Einstellung, Entlassung und Kündigung von Arbeitnehmern.

## Friedenspflicht

Weil der Betriebsrat Belange des ganzen Betriebs wahrnehmen mußte, galt laut Beschluß des Reichsarbeitsgerichts die Weigerung, Mehrarbeit über den 8-Stunden-Tag zu leisten, als Grund für die fristlose Entlassung des Betriebsrats.

Der Betriebsrat durfte keine politischen Flugblätter vor dem Betrieb verteilen, die zum Streik aufriefen. Im Betrieb mußten die Betriebsratsmitglieder ihre politischen und gewerkschaftlichen Betätigungen stark einschränken und mußten dafür sorgen, daß nicht gegen den Willen des Unternehmers am 1. Mai die Arbeit ausgesetzt wurde.

Verglichen mit den Möglichkeiten, die sich durch die November-Revolution für die Arbeiterbewegung eröffneten, waren die übriggebliebenen Errungenschaften minimal. Und selbst diese Errungenschaften wurden der Arbeiterklasse während der Weimarer Republik von den Kapitalisten Stück für Stück wieder genommen. Höhere Löhne wurden sofort durch die Inflation aufgefressen. Der Acht-Stunden-Tag war bald verschwunden. Die Arbeitslosigkeit sank nie unter eine Million.

Das Betriebsrätegesetz blieb bis zur Machtergreifung Hitlers in Kraft. Jetzt begann das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte. Erst ab 1945 mit dem Neubeginn der organisierten Arbeiterbewegung erlebten die Betriebsräte einen neuen Aufschwung.

Jürgen Michel  
Vorsitzender der Juso AG Crailsheim

war notwendig, weil kämpferische Kollegen in ihrer Arbeit von manchen Berufsbetriebsräten behindert wurden, die um ihre bequemen Posten fürchteten. Der Erfolg dieser Listen versetzte die Gewerkschaftsspitze so in Panik, daß sie einige Kollegen, die darauf kandidierten, aus der Gewerkschaft ausschloß.

Seit Monaten ist wieder ein frischer Wind in den Gewerkschaften spürbar geworden. Der Kongress der IG-Metall, die Auseinandersetzungen in Druck- und Metallindustrie, und nicht zuletzt die Kampfbereitschaft der Hafenarbeiter, zeigten dies ganz klar. Aus vielen Betrieben wird berichtet, daß das politische Interesse an den Betriebsratswahlen so groß ist wie schon lange nicht mehr. Sicher ist zu erwarten, daß dieses Jahr noch mehr innergewerkschaftliche Oppositionslisten auftauchen, die ein kämpferisches Programm an die Gewerkschaftsspitze vertreten. Welche Einstellung sollen Sozialisten gegenüber solchen Listen haben? Ganz klar treten wir bedingungslos für die Einheitsgewerkschaft ein. Aber damit diese große Macht auch richtig benutzt werden kann, ist innergewerkschaftliche Demokratie absolut notwendig. Alle oppositionellen Gewerkschafter sollten deshalb zuerst versuchen, Plätze auf der offiziellen Liste ihrer DGB-Gewerkschaften zu erhalten. Manchmal wird es jedoch vorkommen, daß sie gezwungen sind, eine eigene Liste zur Wahl zu stellen, weil sie mit Tricks von der offiziellen Liste ferngehalten werden, obwohl sie unter den Kollegen eine große Unterstützung genießen. In diesem Fall ist der Schritt zu einer oppositionellen Liste völlig gerechtfertigt und verdient unsere ganze Unterstützung. Deshalb:

## Welches Programm?

Die kommenden Monate und Jahre werden im Zeichen verstärkter Angriffe auf den Lebensstandard und die sozialen Errungenschaften der Arbeiter stehen. Der Rentenbetrug ist einer der ersten Schritte. Inflation, Entlassungen, Kurzarbeit und Arbeitssetze werden sich bestimmt nicht verringern. Im Gegenteil - die nächste Krise steht bis spätestens 1980 ins Haus, und wenn wir dann weniger als 2 Mio. Arbeitslose hätten, wäre es fast ein Wunder! Angesichts dieser Aussichten müssen sich alle Gewerkschafter und vor allem Betriebsräte Gedanken machen über eine klare und kompromißlose Alternative zur Politik der Geschäftsleitung und der Unternehmer allgemein. Folgende Punkte werden besonders wichtig sein:

- \* Keine Spaltung zwischen Arbeitern und Angestellten, Älteren und Jugendlichen, Männer und Frauen, Deutschen und Ausländern! Wir dürfen nicht zulassen, daß die Kollegen einer Firma gegen die der Konkurrenzfirma ausgespielt werden. Keine Spaltung zwischen den verschiedenen Branchen!
- \* Keine Entlassungen! Arbeit oder voller Lohn! Für einen Mindestlohn von 1400 DM für eine 35-Stunden-Woche!
- \* Altersgrenze mit 60 Jahren!
- \* Gegen die Inflation - eine gleitende Lohnskala, die uns automatisch den Ausgleich für die Teuerung bringt!
- \* Offenlegung der Geschäftsbücher! Wir wollen wissen, wo die Profite der Vergangenheit hingegangen sind!
- \* Wenn eine Firma mit Stilllegung droht, müssen wir für die volle Verstaatlichung unter demokratischer Arbeiterkontrolle und Verwaltung mobilisieren!

## Oppositionslisten

Schon 1975 wurden in einigen Großbetrieben innergewerkschaftliche Oppositionslisten für die Betriebsratswahlen aufgestellt. Dies

- \* Für die "Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum" (§ 2 IG-Metall-Satzung).

# SPANISCHER GEWERKSCHAFTER SPRACH MIT VORAN

Auf Einladung der Redaktion VORAN besuchte der spanische Sozialist Luis Miguel Vozmediano in der ersten Februar-Hälfte die Bundesrepublik. Er traf in diesen beiden Wochen mit vielen spanischen Arbeitern und Sozialisten aus der Bundesrepublik zusammen. Der Genosse Luis Miguel ist 24 Jahre alt, Mechaniker und aktives Mitglied der sozialistischen Gewerkschaft UGT, Abteilung Metall.

Zum Abschluß seiner Rundreise machten wir mit ihm dieses Interview:

**VORAN:** Kannst du uns kurz berichten, wie die wirtschaftliche Lage in Spanien aussieht?

**LMV:** Das kapitalistische System ist ja allgemein in der Krise, aber besonders tief drin steckt der spanische Kapitalismus. Die kapitalistischen Länder haben heute im Durchschnitt eine doppelt so hohe Inflationsrate wie vor der Rezession 74/75, in Spanien ist sie aber doppelt so hoch. Das Brutto sozialprodukt stieg im letzten Jahr in den europäischen Ländern um drei bis vier Prozent, in Spanien aber nur um ein Prozent! Bei uns gibt es 1,5 Millionen Arbeitslose, und nach einer Schätzung der "New York Times" werden noch in diesem Winter 12 000 bis 15 000 Betriebe dichtmachen. Die Unternehmer investieren nicht mehr, denn sie finden keine neuen Absatzmärkte mehr. Die Produktionskapazitäten sind nur zu rund 74% ausgelastet. In neue Technologien werden nur 0,3% des Brutto sozialprodukts investiert, zu 80% werden sie aus dem Ausland eingeführt. Als die Regierung versuchte, durch die Abwertung der Peseta den spanischen Kapitalismus international konkurrenzfähiger zu machen, führte dies wegen der Verteuerung der Einfuhren zu ungläublichen Preiserhöhungen für alle lebensnotwendigen Güter. Die Lage ist für das Kapital aussichtslos, bei einer Meinungsumfrage unter Unternehmern wollten nur ganze 3% daran glauben, daß es im Jahr 1978 besser wird.

**VORAN:** Und wie sieht es vor diesem Hintergrund mit den Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung aus?

**LMV:** Der Lebensstandard ist in den letzten Monaten zurückgegangen, nach der Abwertung sind vor allem elementarste Lebensmittel wie Milch, Kaffee und Zucker um über 30% teurer geworden. Ebenfalls um 30 bis 40 Prozent sind die Preise für Busse und Bahnen gestiegen. Der im Oktober von der Regierung und den Parteiführern ausgehan-

delte "Pakt von Moncloa" bietet uns bei einer Inflationsrate von 30 Prozent nur ganze 22 Prozent Obergrenze für Lohnerhöhungen in diesem Jahr. In der jetzigen Tarifrunde sind die Unternehmer jedoch nicht bereit, über 15% hinauszugehen! In der Metallbranche in Madrid fordern sie 27 000 Ptas. Mindestlohn, die Unternehmer wollen jedoch nur 22 000 Ptas. geben. So müssen die Arbeiter zäh und hart kämpfen, wenn sie nicht alles wieder verlieren wollen.

## KÄMPFE

**VORAN:** Kannst du uns vielleicht Beispiele für Kämpfe der Arbeiter nennen?

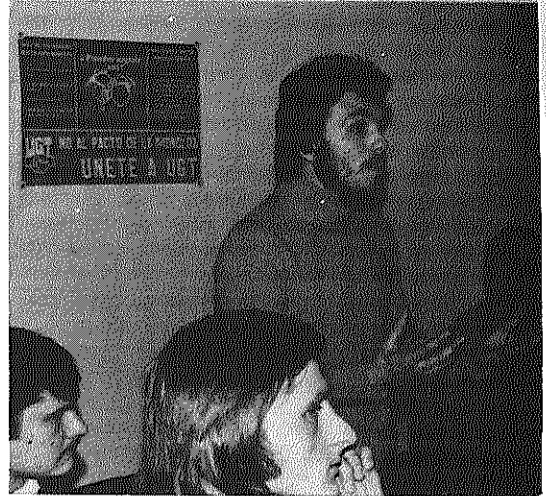
**LMV:** In Bilbao drohte der Konzern Babcock-Wilcox mit Stilllegung. Dadurch wären 25 000 Arbeitsplätze nur in dieser einen Provinz vernichtet worden. Die Reaktion der Belegschaft war die, daß sie die Arbeit niederlegte und Streikposten an den Fabriktoren aufstellte, um eine Demontage zu verhindern. Die Kollegen forderten die Offenlegung der Geschäftsbücher und die Verstaatlichung des Betriebs. Ähnlich traten die Kollegen von Michelin und Motor Iberica, nachdem dort mit Stilllegung gedroht worden war. In Cadix, im Süden des Landes gab es nach der Drohung, die Schiffswerften stillzulegen, eine Massendemonstration mit 100 000 Menschen, die größte in der Geschichte der ganzen Provinz. Die Demonstration spitzte sich zu einem Kampf Arbeiter gegen Polizei; die Hausfrauen halfen dabei nach, indem sie die Polizisten aus den Fenstern heraus mit Haushaltsgegenständen bombardierten, unter denen sogar eine Waschmaschine war! Auch Teile der Arbeiterklasse ohne große Tradition oder Kampferfahrung sind inzwischen in Aktion getreten, so die Bäcker und die Kollegen von der Müllabfuhr.

Wenn der Lebensstandard weiter sinkt, wird es in diesem Jahr zu riesigen Auseinandersetzungen und Kämpfen kommen, besonders im Baskenland und um Barcelona. Diese Gebiete sind nämlich am meisten von Betriebsstilllegung bedroht, und selbst ein baskischer Unternehmer hat kürzlich einmal geschätzt, daß dort die Arbeitslosigkeit auf 20 Prozent ansteigen wird!

**VORAN:** Die Arbeiterführer haben mit der Regierung den "Pakt von Moncloa" unterschrieben, aber was bietet nun dieser Pakt an und wie steht die Basis dazu?

"Ich habe in diesen beiden Wochen sehr viel dazugelernt und den Eindruck gewonnen, daß es in der Bundesrepublik viele spanische und deutsche Genossen gibt, die unseren Kampf aufmerksam verfolgen."

In Osnabrück sprach der Genosse Luis Miguel Vozmediano vor 30 spanischen Arbeitern von der Sozialistischen Partei und UGT.



Interessen vertritt und alle Kräfte konzentriert auf die Verstaatlichung der Banken, der Großkonzerne und des Großgrundbesitzes weil erst dadurch die Möglichkeit geschaffen wird, die Wirtschaft sinnvoll zu planen und grundlegende Reformen durchzuführen.

**VORAN:** Du hast von Madrid aus sicherlich mehr Überblick über das, was gegenwärtig in Portugal vor sich geht.

**LMV:** So wie ich die Sache sehe, hat die portugiesische Arbeiterklasse 1975 durch massiven Druck die Regierung gezwungen, die Banken und den größten Teil der Wirtschaft zu verstaatlichen. Selbst ohne klare und bewusste Führung, nur unter dem Druck der Massen, wurde die Revolution unheimlich weit vorangetrieben. Seither jedoch hat das portugiesische und internationale Kapital jede Regierung ein Stück weiter nach rechts gedrückt als die vorhergehende. Das Kapital hofft, daß jetzt Soares Stück um Stück die Errungenschaften der Revolution wieder abbaut, bevor schließlich die offene Reaktion wieder einkehrt. Aber die Arbeiter und Landarbeiter werden dies nicht kampflos mit ansehen, sie werden sich wehren.

**VORAN:** Hier in der Bundesrepublik gibt es viele Sozialisten, die befürchten, daß es in Spanien auch sehr bald eine "portugiesische Lösung" geben könnte. Was meinst Du dazu?

**LMV:** In der Tat hoffen weitsichtigere Teile darauf, in Spanien dasselbe machen zu könne wie in Portugal, nämlich die sozialistische und möglicherweise auch die kommunistische Parteiführung in eine Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien einzubinden und eine solche Regierung immer weiter nach rechts zu schieben. Sie wissen, daß gegenwärtig die offene Reaktion sehr schwach ist und nicht zum Zuge kommen kann, aber sie hoffen, daß sie durch eine solche Regierung die Arbeiter demoralisieren und die Mittelschichten in die Arme der Reaktion treiben können. Aber in Spanien haben sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Denn bei uns gibt es im Gegensatz zu Portugal schon jetzt eine marxistische Strömung, die Tag um Tag mehr von den aktiven Kämpfern der UGT und Sozialistischen Partei unterstützt wird und in einem solchen Fall fähig sein wird, die Mehrheit der Arbeiter für die sozialistische Revolution zu gewinnen. Dazu brauchen wir aber die Unterstützung aller aktiver Arbeiter und Marxisten in ganz Europa. ■

## PAKT VON MONCLOA

**LMV:** Die Basis der UGT lehnt diesen Pakt ab. In vielen Provinzen wie in Madrid, Alava, Navarra haben wir gegen diesen Pakt mobilisiert. 22 Prozent Höchstgrenze für Lohnerhöhungen bei 30 Prozent Inflation sind nicht tragbar. Außerdem gab es unter Franco ein Gesetz, das Entlassungen verbot, jetzt wird in diesem Pakt den Unternehmern zugestanden, bis zu 5 Prozent der Belegschaft zu entlassen, und die Regierung bereitet schon einen Erlaß vor, der den Unternehmern erlaubt, so viel zu entlassen, wie sie wünschen. Dies ist nicht annehmbar.

Die Arbeiterführer verteidigen den Pakt mit der Begründung, sie hätten im Pakt für die Preis wertvolle Gegenleistungen und Reformen ausgehandelt, wie kostenlose Bildung, Bau von Schulen, Kindergärten, Altersheimen usw. Dafür sind wir auch, aber wir müssen fragen, woher das Geld kommen soll. Den Arbeitern kann nicht noch mehr Blut abgezapft werden, und die Unternehmer investieren nichts mehr, sie zahlen auch nicht mal pünktlich ihre Steuern. 60% der baskischen und katalanischen Unternehmer liefern die Beiträge zur Sozialversicherung nicht ab. Für 1978 stehen insgesamt 60 Mrd. Ptas. für die Arbeitslosenversicherung zur Verfügung (2 Mrd. DM d. Red.), diese Geld wird aber vorne und hinten nicht ausreichen. Schon heute kriegen 40% der Arbeitslosen keine einzige Peseta an Unterstützung. Warte auf Wunder, wie das viele unserer Führer machen, hilft da nicht weiter.

Wir haben deutlich erfahren: Wenn man dem Kapital den kleinen Finger ausstreckt, dann ergreift es sogleich die ganze Hand. Die Unternehmer lehnen selbst den "Pakt von Moncloa" ab, weil ihnen die Zugeständnisse der Arbeiterführer noch nicht weit genug gehen! Die Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital lassen sich nicht durch schöne Worte überbrücken.

## ALTERNATIVE

**VORAN:** Aber welche Alternative siehst du dann für die spanische Arbeiterbewegung?

**LMV:** Die Erfahrung, die wir in den letzten Monaten machten, und weiter machen werden, rütteln immer mehr Kollegen wach. Ich kämpfe zusammen mit vielen anderen für eine echte Alternative, für eine Arbeiterregierung, die zäh und kompromißlos unsere

## AUS ALLER MUSTERLAND SCHWEDEN

Schweden galt bisher für viele Sozialdemokraten als Musterland für "soziale Demokratie" oder sogar "Sozialismus" (wie es einige im Überschwang meinten). Jetzt kann es aber nicht mehr hochgehalten werden als ein Paradebeispiel sozialdemokratischer Reformpolitik. Die weltweite kapitalistische Wirtschaftskrise hat alle diejenigen aus ihrer Traumwelt gerissen, die in Schweden ein gemäßigtes sozialistisches Modell für die Bundesrepublik sahen.

1978 ist das vierte Jahr seit 1975, in dem ein Rückgang der Industrieproduktion zu verzeichnen ist (Einzigartig in Schweden seit über 100 Jahren). In den Branchen Bergbau, Eisen und Stahl ist die Produktion in 3 Jahren sogar um über 30 Prozent zurückgegangen. Jahr um Jahr verschwinden 50.000 Arbeitsplätze. Die Arbeitslosigkeit liegt nur deswegen bei "nur" 2,6%, weil weitere 4% künstlich vom Staat beschäftigt werden.

Die bürgerliche Koalitionsregierung, die 1976 die Sozialdemokraten aus der Macht verdrängte, war angetreten unter der Parole "Sozialreformen ohne Sozialismus". Inzwischen hat sie genau das Gegenteil gemacht: Sie hat angefangen, Sozialleistungen abzubauen und war gleichzeitig gezwungen, bankrotte

Unternehmen der Stahl-, Textil- und Schiffbauindustrie zu verstaatlichen. Schweden ist so exportabhängig wie kaum ein anderer Industriestaat der Erde: 50% der Industrieproduktion gehen ins Ausland (zum Vergleich: BRD 25%, USA 6%). Dies war ein wichtiger Grund für den riesigen Aufschwung Schwedens in den letzten Jahrzehnten. Jetzt aber wird die nächste anstehende internationale kapitalistische Krise mit brutaler Wucht auf Schweden durchschlagen. Das Zahlungsbilanzdefizit wird in diesem Jahr auf die neue Rekordhöhe von 20 Mrd. Kronen ansteigen, die Abwertung der Krone wird Importe weiter verteuern und die Inflation anheizen.

Der Eingriff des Staates in die von den Kapitalisten in den Bankrott getriebene Industrie hat die Staatsdefizite in schwindelnde Höhen getrieben.

## NOTSTANDSPAKT

Vor dem Hintergrund großer Streiks, Protestdemonstrationen Hunderttausender Arbeiter und einer verzweiferten Lage für den italienischen Kapitalismus hat jetzt der Chef des kommunistisch geführten größten italienischen Gewerkschaftsverbandes CGIL, Luciano LAMA die neue Linie der Führung bekanntgegeben:

"Jeder muß seinen Teil beitragen zur Überwindung der italienischen Krise - die Unternehmer den ihren, wir den unseren."

Seine Politik der Opfer für die seit Jahren geplagte Arbeiterklasse sieht vor:



Die Staatsverschuldung entspricht 10% des Brutto sozialprodukts (10 mal so viel wie in den USA und doppelt so viel wie in der BRD). DER LEBENSSTANDARD DER ARBEITER IST BEREITS UM EINIGE PROZENT GESUNKEN.

Die Koalitionsregierung aus drei bürgerlichen Parteien ist in dieser Lage äußerst schwach und könnte von der mobilisierten Gewerkschaftsbewegung (90% der Arbeiter sind organisiert) und der Sozialdemokratie in kurzer Zeit zum Rücktritt gezwungen werden. Nach neuesten Meinungsumfragen

-- mehrjährige Zurückhaltung der Gewerkschaften bei den Lohnforderungen.  
-- Senkung der Leistungen der staatlichen Arbeitslosenversicherung.  
-- Verzicht auf eine hartnäckige Verteidigung der Arbeitsplätze, Verlust von "überzähligen" Arbeitsplätzen "im Interesse der Firma".



Für Lama sind offensichtlich die Arbeiter mit schuldig an der Krise, denn mehr oder weniger direkt vertritt er ja die Meinung,

führt die Sozialdemokratische Partei (SAP) mit 48% vor der bürgerlichen Koalition mit 46% und der Kommunistischen Partei mit 4%.

Wahrscheinlich wird die SAP bei den Wahlen 1979 wieder die absolute Mehrheit gewinnen. Sie wird aber angesichts der katastrophalen Lage der Wirtschaft und einer möglicherweise hereinbrechenden Weltrezession nur dann eine Politik im Interesse der Arbeiterbewegung durchführen können, wenn sie das Großkapital entmachtet und eine sozialistische Planwirtschaft mit demokratischer Kontrolle durch alle Arbeiter errichtet. Sonst wird Schweden ein Spiegelbild für den raschen Niedergang des Kapitalismus in West- und Nordeuropa sein, ein Modell nicht für den Sozialismus, sondern ein Modell dafür, wie notwendig er ist.

von ARNE JOHANSSON, Stockholm

daß zu hohe Löhne und Kämpfe gegen Entlassungen die kapitalistische Wirtschaft in den Ruin getrieben hätten. Wenn Lama "Kommunist" wäre, dann wäre der Kollege Mahlein von der IG Druck noch "kommunistischer", denn er hat wiederholt das Märchen von der Lohn-Preis-Spirale und der Lohn-Arbeitslosenspirale widerlegt.

Lama will den Unternehmern klarmachen, daß sie von einer Regierungsbeteiligung der Kommunisten durch einen sogenannten "Notstandspakt" wirklich nichts zu befürchten hätten. Deswegen bietet er um den Preis von Ministersesseln für kommunistische Führer den Lebensstandard der Arbeiter zum Verkauf an. Aber er hat die Rechnung ohne den Wirt (sprich: seine Basis) gemacht.

AUS DER ARBEITSWELT

# ERFOLGREICHER STREIK IN SEEHÄFEN

Die diesjährige Tarifrunde begann mit einem Paukenschlag: Für die Überraschung auf allen Seiten - Unternehmer, Regierung und Gewerkschaftsspitze - sorgten die deutschen Seehafenarbeiter, als sie in einer Urabstimmung den ersten Tarifabschluß über 7% Lohrerhöhung für elf Monate mit großer Mehrheit ablehnten. Sie hatten sich ausgerechnet, daß 7% für elf Monate in Wirklichkeit nur 6,4% waren auf das ganze Jahr umgerechnet. Ihrer Wut machten sie nicht nur durch ihr Abstimmungsverhalten Luft. "Wir werden ver-raten und verkauft!", waren noch die mildesten Kommentare.

## KAMPFBEREITSCHAFT

Ganz richtig deuteten die Bosse die 58%ige Ablehnung des ursprünglichen Verhandlungsergebnisses als einen eindeutigen Beweis für die Kampfbereitschaft der 20 000 Hafenarbeiter, die zu 90% in der ÖTV organisiert sind. Schnell waren sie bereit, für Januar noch eine Abschlagszahlung von 115 DM herauszurücken. Das ergibt für das ganze Jahr eine Lohnerhöhung von durchschnittlich etwas weniger als 7%!

Die Leitung der ÖTV war schon bei der Aufstellung der Tarifforderung von ihrer Mitgliedschaft korrigiert worden: die Lohnempfehlung des Vorstandes von 8,5% wurde auf den Druck der Basis hin noch auf 9% aufgestockt.

# HAFENARBEITER SETZEN SIGNAL

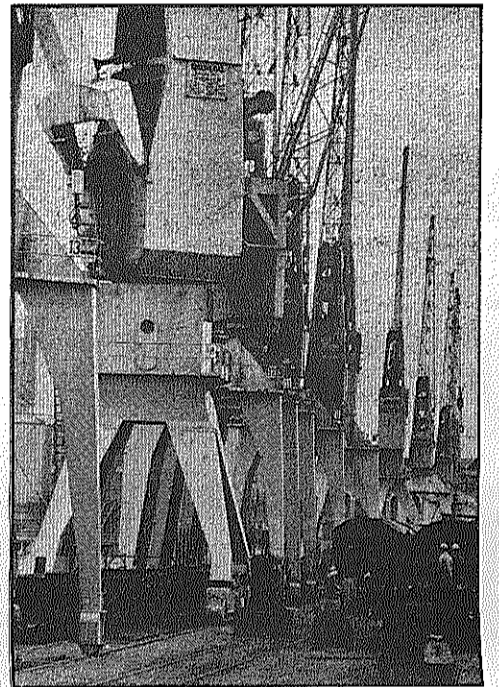
für Streik. Am Mittwoch, den 25. Januar, mit Beginn der Frühschicht um 6 Uhr stehen in den Häfen die Kräne still. Der Hamburger Bürgermeister Klose (SPD) schaltet sich als Vermittler in die erneut aufgenommenen Verhandlungen ein. Am Samstag, dem vierten Streiktag, einigen sich die Tarifparteien auf einen Abschluß, den sie als 7%ige Erhöhung "verkaufen". Doch in Wirklichkeit läuft die Einigung auf nur 6,4% hinaus, weil der Januar ausgeklammert wird und die Erhöhung erst ab Februar (für 11 Monate) gelten soll. Die ÖTV-Leitung empfiehlt den streikenden Arbeitern, den Kompromiß bei einer für den Montag einberufenen zweiten Urabstimmung anzunehmen. Gleichzeitig wird die Wiederaufnahme der Arbeit für Montag angekündigt - der Streik ist also zunächst einmal unterbrochen. Doch der ÖTV-Vorstand hat seine Mitglieder unterschätzt - sie lassen sich durch das irreführende Gerede von einer 7%igen Lohrerhöhung nicht an der Nase herumführen. Bei 90%iger Abstimmungsbeteiligung lehnt die Mehrheit - genau 57,8% - der Arbeiter den Einigungsvorschlag ab.

ÖTV-Verhandlungsführer Merten, der offen-

sichtlich durch das selbstbewußte Verhalten seiner Basis schockiert ist, erklärt in einem Interview: "Die Urabstimmung zeigt, wie die Menschen, die betroffenen, in Wirklichkeit denken... diejenigen Hochbezahlten, die die Forderung als nicht in die wirtschaftliche Landschaft passend bezeichneten müßten endlich begreifen, an wem sie eigentlich vorbeireden". Eine völlig richtige Erkenntnis - leider mußte die ÖTV-Leitung erst durch ihre kampfbereiten Mitglieder darauf gestoßen werden. Diese Einsicht scheint aber nicht so lange vorgehalten zu haben. Nur wenig später fand sich ÖTV-Chef Klunker Seite an Seite mit Sprechern der Unternehmerverbände, der Regierung, aller Parteien und des DGB wieder, die alle "voller Sorge" Beschäftigte anderer Industriezweige davor warnten, "diesen Tarifabschluß als Signal zu sehen" oder die "Ereignisse in den Häfen als beispielhaft zu betrachten". In vielen Solidaritätstelegrammen an die Hafenarbeiter lobten jedoch die Kollegen dies. Sie betrachteten die Hafenarbeiter "als Schrittmacher" und "als Vorbild". Warum also versuchte Klunker die Kampfbereitschaft anderer Zweige nach dem Abschluß sofort wieder zu dämpfen? Sind Ge-

werkschaftsvorsitzende nicht eigentlich dafür da, möglichst viel für die Mitglieder herauszuholen? Was den Tarifkonflikt in den Häfen angeht, sah sich die ÖTV allerdings durch das Urabstimmungsergebnis veranlaßt, die Arbeitgeber ultimativ zu neuen Verhandlungen aufzufordern, mit dem erklärtem Ziel, die 7%ige Tariflohnerhöhung auch für den Januar durchzusetzen. Von der Reaktion der Arbeitgeberseite machte sie es abhängig, ob eine erneute Urabstimmung über die Fortsetzung des Streiks durchgeführt würde (obwohl der Vorstand auch ohne eine weitere Urabstimmung nach Ablauf des Ultimatums die Fortsetzung des Streiks hätte beschließen können!).

Doch dazu kam es soundso nicht mehr: inzwischen ist nämlich die anfangs zur Schau gestellte Selbstsicherheit der Arbeitgeber durch den Verlauf des Streiks und die Entschlossenheit der Arbeiter stark ramponiert. Sie stellen sich den Verhandlungen, und beide Seiten einigen sich nun sehr schnell auf die Zahlung eines Pauschalbetrages in Höhe von 115 DM für den Monat Januar. Dies bedeutet nur für die untersten Lohngruppen volle 7%, für alle anderen etwas weniger.



In der dritten Urabstimmung wird dieser neue Einigungsvorschlag schließlich von 75,7% der Abstimmenden angenommen. Die Unzufriedenheit eines großen Teils der Hafenarbeiter ist jedoch auch bei dem erreichten Abschluß von (fast) 7% offenbar noch erheblich: gut 20% der stimmberechtigten Gewerkschaftsmitglieder beteiligte sich nicht mehr an der Urabstimmung und immerhin 24% der Abstimmenden lehnt den Kompromiß ab. Auf die eine oder andere Weise drücken damit ungefähr 7000 der über 17 000 gewerkschaftlich organisierten Hafenarbeiter ihren Unmut über das Ergebnis aus - sie haben eindeutig mehr gewollt!

Die enttäuschten Erwartungen eines großen Teils der Hafenarbeiter müssen natürlich negativ berücksichtigt werden, wenn man eine Bewertung des Ergebnisses dieses ersten großen Streiks in der diesjährigen Tarifrunde vornimmt. Trotzdem kommt man an der Tatsache nicht vorbei, daß der Streik in seiner solidarischen Durchführung und in seinem Ergebnis ein Erfolg war.

## ZULAUF

Die ÖTV hatte nach der ersten Urabstimmung einen Zuwachs von 1 000 neuen Mitgliedern zu verzeichnen - ihre Kampfkraft wurde damit zahlenmäßig (Organisationsgrad 90%) sowie durch die gewonnenen Erfahrungen der Kollegen im Streik zusätzlich gestärkt. Die Hafenarbeiter sind mit gestärktem Selbstbewußtsein aus dem Konflikt hervorgegangen - sie haben gleichzeitig ein Beispiel für ihre Kollegen in anderen Wirtschaftsbereichen abgegeben, bei denen die Tarifabschlüsse noch in den nächsten Wochen anstehen. Daß die Arbeiter in Hamburg, Bremen und den anderen Seehäfen nicht ein noch höheres - voll gerechtfertigtes - Ergebnis erzielen konnten, lag mit Sicherheit nicht an ihrer eigenen mangelnden Kampfbereitschaft. Die Verantwortung ist hier bei der Gewerkschaftsspitze zu suchen, die von Beginn an und während des gesamten Konflikts immer eine bremsende, mäßigende Rolle spielte und erst von ihrer Mitgliedschaft wenigstens zu dem jetzt erzielten Ergebnis vorwärtsgetrieben werden mußte. Dies jedenfalls ist der Eindruck bei vielen Hafenarbeitern nach Abschluß der Auseinandersetzungen. Wir stehen am Beginn der härtesten Tarifrunde seit 25 Jahren!

Joachim Heuck (JUSO-Gruppe, Hamburg Winterhude)

# AUF STREIKPOSTEN.....

Hans-Joachim Schwandt (Mitglied der Gewerkschaft HBV)

Samstag, 28. 1. 1978, gegen 5.30 Uhr morgens bewegt sich langsam und unsicher ein PKW auf die Brücke am Baumwall zu, eine der Zufahrten zum Hamburger Hafengebiet.

Der Fahrzeughlenker will aber keineswegs arbeiten, sondern als Mitglied der Tarifkommission Banken der Gewerkschaft HBV aktive Solidarität mit den streikenden Hafenarbeitern üben. Die von ihm abgegebenen Erläuterungen werden zurückhaltend aufgenommen. Wegschicken will man ihn aber auch nicht und weist ihn schließlich an, auszusteigen und sich in dem auf der anderen Seite der Brücke stehenden Bus zu melden.

Ausgerüstet mit einem Streikpostenausweis, sowie diversen Flug- und Merkblättern bin ich nach ca. 10 Minuten unter den Kollegen, die mich zuvor kontrolliert hatten. Die Streikpostenleitung im Bus hatte mich dort hin geschickt; dreizehn solcher Busse stehen übrigens verteilt im ganzen Hafengebiet.

Aufgabe der Streikposten ist es, die Zufahrt zum Hafen zu kontrollieren und eventuelle "Arbeitswillige" - also Streikbrecher - von ihrem Vorhaben abzubringen. Dies soll durch Diskussionen erreicht werden. Manchmal aber ist es wohl auch erforderlich, die vorgetragenen Argumente durch die größere Menschenmasse zu unterstützen.

Weiter wird über die Einschätzung der Erfolgsaussichten gesprochen: "Werden die Kollegen in Holland und Belgien uns unter-

stützen und sich weigern, umgeleitete Schiffe zu entladen? Wo wir doch im umgekehrten Fall, als die Holländer streikten, Streikbrecher wurden, weil wir nicht streiken 'dürften'!?" - Unsicherheit; bisher gab es widersprüchliche Meldungen.

"Eigentlich nützt die Lohnerhöhung wenig, denn die Preise steigen ja doch. Das ist ja wie eine Schraube." "Aber das ist ja gerade der Punkt. Wer macht denn die Preise? Wir müßten mal prüfen, wer bei uns die Macht hat!" Es wird keine Einigung erzielt. Die Kälte, die Müdigkeit tun ein übriges dazu. Ich gewinne das Gefühl, daß alle ein schnelles Ende des Streiks wünschen, obwohl heute der erste Tag ohne Regen und mit Sonnenschein zu werden verspricht. "Wir wollen alle arbeiten, aber eine 7 muß vor dem Komma stehen. Alles andere lehnen wir ab." Andere stimmen zu: "Nur 7% kriegen unsere Zustimmung."

Die ziemlich "ruhige" Stimmung wird durch Meldungen über den mit Funk ausgerüsteten Streikbus angeheizt: "Bei Hohmüller wird gearbeitet!" Nicht-Organisierte aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen sollen von der Seeseite her zu diesem Betrieb gebracht worden sein. Die Landzufahrt war von Streikposten gesperrt. Am Fischmarkt arbeiten zwei Kräne, die Ladung von einem Küstenmotorschiff in eine Schut umladen. "So

eine Sauerei!" Es wird überlegt, wie es dazu kommen konnte.

Im Gegensatz zu solchen Negativ-Meldungen wird auf vielen Solidaritätsbekundungen aus der ganzen Bundesrepublik hingewiesen. Telegramme aus allen Teilen des Landes. Besuche von Schulklassen, Lehrern, Eltern, Kollegen aus anderen Gewerkschaften bei den Bussen. Viele bringen heiße Getränke oder Verpflegung. Medizinstudenten haben einen selbstgebackenen Solidaritätskuchen abgeliefert. Nicht zuletzt wird begrüßt, daß ich als "Banker" mich beteilige.

Was wird, wenn der Streik länger dauert? Eine Unterschriftenliste läuft um: "Wir fordern die Gewerkschaftsführung auf, in der Hamburger Innenstadt eine Demonstration zu organisieren. Möglichst mit anderen Gewerkschaften zusammen." Fast jeder unterschreibt.

Wie ein Lauffeuer verbreitet sich die Meldung: "Die Kräne am Fischmarkt sind stillgelegt." Die Männer dort hatten ohne Schwimmweste gearbeitet und die Kranführer hatten keinen Erlaubnisschein. Die Polizei hatte die Arbeit beendet. Freude breitet sich aus. Man muß eben alle Möglichkeiten ausnutzen.

Gegen Mittag ist die erste Schicht beendet. Streikposten stehen ist kein Zucker-schlecken. "Auch wenn nichts passiert ist."

gewechselt werden, d. h. altes Gesenk und Keile raus, neues rein und das so schnell wie möglich. Beim Einbau des neuen Gesenks wurde aber ein Keil nicht richtig befestigt, was bei der Hetze, die dort ausgeübt wird, ja jeden Tag passieren kann. Als dann die Arbeit wieder aufgenommen wurde, und die Presse (ca. 2000t Druck) zu schlagen anfang, löste sich ein Keil von dem Gesenk und schoß mit hoher Geschwindigkeit nach vorne. Der Mann der die Presse bediente, stand unmittelbar davor und wurde fast in zwei Teile gerissen. Bei dem Kollegen der hinter dem Mann stand, blieb der Keil in der Brust stecken, er starb auch kurze Zeit später im Krankenhaus.

Liebe Kollegen, wir haben es nicht nötig uns so ausbeuten zu lassen, um die Kapitalisten noch reicher zu machen. Wir müssen fest zusammenhalten, dann erreichen wir auch was, es gibt ja auch noch genug Beispiele. Eine Bitte habe ich noch an Euch: Schickt uns aus eurer Arbeitswelt, von eurer Erfahrungen Leserbriefe für unsere Zeitung. Hier habt ihr eine Chance, alles zu schreiben, was euch an Ungerechtigkeiten widerfahren ist. Wir dürfen niemals unsere Tradition als Arbeiter vergessen und denken, was früher war, das war einmal. Es kommen noch viele Arbeitskämpfe, der eine härter als der andere, und deshalb müssen wir an unsere Tradition wieder anknüpfen, die ja viele in der zurückliegenden Aufschwungszeit des Kapitalismus vergessen haben.

# KNOCHENARBEIT IN DER GESENKSMIEDE

ANDREAS BAUMGARTEN

In der Gesenkschmiede werden in der Regel drei Schichten gefahren. Das heißt Früh-, Spät- und Nachtschicht. Die Frühschicht beginnt morgens um 6.00 Uhr, die anderen Schichten jeweils 8 Stunden später. Die meisten Kollegen müssen denn bei Frühschicht um 4.30 Uhr aufstehen. Dann sind sie so ungefähr zwischen 5.30 Uhr und 5.45 Uhr an ihren Arbeitsplätzen. Das erste, was dann von vielen Kollegen einer Kolonne getan wird ist, daß man erst einmal vor Beginn der Arbeit ein Schnäpschen trinkt. Wer jetzt denkt, was sind denn das für Sauköpfe, der sollte mal einige Zeit in einer Gesenkschmiede arbeiten, dem werden dann schon die Augen aufgehen. Das Schnäpschen ist bei dieser körperlichen Schwerstarbeit nur ein Mittel um die ganze Qual der acht Stunden so leicht wie möglich zu machen. Um 6.00 Uhr beginnt die Arbeit, um 6.15 Uhr kommen dann die ersten glühenden Stahlstücke (ca. 1200° Celsius) aus dem Ofen, ein Stück wiegt etwa 40 kg, und davon werden in einer Schicht ungefähr zwischen 2500 und 3000 Stück fertig geschlagen. Das sind umgerechnet ca. 120000 kg, die in einer Kolonne, bestehend aus sieben Mann, durch die Hände gehen. Man hat nach ca. 1 1/2 Stunden Arbeit dann eine halbe Stunde Pause. Aber schon nach einer halben Stunde ist man total durchgeschwitzt und mar-

sieht aus wie eine Sau. Dies ist in der Art, wie sie jetzt betrieben wird wahrhaftig keine menschenwürdige Arbeit. Das, was man an Gesundheit in einer Schmiede zurückläßt, kann niemand mit Geld bezahlen. In dieser unglaublichen Hitze in der Schmiede, im Sommer ca. 600, kommt außer der schweren Arbeit noch der Akkord hinzu. Und wenn man diese drei Sachen zusammenzählt, dann kann man sich leicht vorstellen, wie die Kollegen in der Schmiede für ihr Geld schuffen müssen. Ich kenne viele ehemalige Schmiede, die nach 25 Jahren Arbeit herzkrank wurden, zum Teil wurden sie mit 55 Jahren Frührentner, oder die ehrenwerte Geschäftsleitung hat ihnen einen Job als Toilettenputzer gegeben. Haben diese Kollegen so etwas verdient nach 25 Jahren schwerster Arbeit? Bestimmt nicht! Die verantwortlichen Herren müßten sich in Grund und Boden schämen, aber die großen Unternehmer haben ja bekanntlich keine menschlichen Gefühle für ihre Belegschaft.

Dafür habe ich noch ein trauriges Beispiel parat. In der größten Gesenkschmiede Europas, der Thyssen Hütte in Remscheid, ist vor ungefähr 2 1/2 Jahren ein schrecklicher Arbeitsunfall, sofern man noch von Arbeitsunfall sprechen kann, passiert. Und das war so: An einer Gesenkpresse mußten die Gesenke

## FÜR EINE PLANWIRTSCHAFT! - unter demokratischer Arbeiterkontrolle

Weltweit steckt der Kapitalismus in einer tiefen Krise. Ein ähnlich langer und intensiver Aufschwung wie in der Nachkriegsperiode steht uns nicht bevor. Selbst die Bosse, die vor 2 Jahren noch auf eine schnelle und dauerhafte Erholung hofften, haben jetzt ihren Optimismus verloren. Die Krise hat 1974 nicht wie ein Blitz aus heiterem Himmel eingeschlagen, obwohl es auf den ersten Blick so scheinen mag. Schon seit den 50er Jahren hat sich das Wachstum ständig verlangsamt. Von 8,0 % durchschnittlichem Wachstum in den 50er Jahren ist es über 4,9 % (60er Jahre) auf 2,4 % (1970-1976) abgefallen.

Die Anzahl der Firmenbankrotte hat im letzten Jahr - trotz eines leichten Aufschwungs - eine neue Rekordmarke erreicht: Mehr als 10.000 wurden gemeldet! Was bedeutet diese nackte sachliche Zahl, wenn man sie in menschliche Schicksale übersetzt? Hunderttausende von Arbeitern werden auf die Straße geworfen und ihre ganze Familien leiden darunter. Sogar der CDU-Sozialminister Gölter von Rheinland-Pfalz, der sonst immer die "soziale Marktwirtschaft" aus höchsten Tönen lobt, mußte kürzlich zugeben, daß durch die Arbeitslosigkeit mindestens 1 Million Menschen unter die "Armutsgrenze" (d. h. den offiziellen

Sozialhilfesatz) gefallen sind!

Solange wir dieses System nicht abschaffen, werden uns noch viel schwärzere Zeiten bevorstehen. Bei der nächsten Weltrezession, die wahrscheinlich spätestens im Winter 1980 eintritt, wird die Marke von 2.000.000 Arbeitslosen wohl übertroffen werden.

Es gibt nur einen Weg aus der Krise, und der führt ganz aus diesem System heraus: Verstaatlichen wir die 200 wichtigsten Großkonzerne und unterstellen wir sie der demokratischen Kontrolle und Verwaltung durch die Arbeiter und Angestellten, die die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ausmachen! Nur auf der Grundlage einer sinnvoll geplanten Wirtschaft können wir es vermeiden, daß menschliche Arbeitskraft durch Massenarbeitslosigkeit brachliegt und vergeudet wird. Dann könnten wir auch sehr schnell eine 35- oder gar eine 30-Stunden-Woche haben - ohne Lohnverlust!

Wie katastrophal die Situation in einigen Regionen schon ist, zeigen die beiden Beispiele Stahlindustrie und VFW-Fokker, die unten geschildert werden.

### VFW-Fokker in Bremen und Speyer:

## GESCHÄFTSBÜCHER AUF! KEINE ENTLASSUNGEN!



In Bremen und Speyer stehen Massenentlassungen bevor. Der Aufsichtsrat des deutsch-niederländischen Flugzeugkonzerns VFW-Fokker hat beschlossen, die Produktion des Flugzeugs VFW 614 einzustellen. Ganze Teile des Unternehmens werden dadurch in den genannten Städten stillgelegt und somit mehr als 2.000 Arbeitsplätze vernichtet.

fürchten dadurch weitere Rationalisierungen und Entlassungen.

In Speyer hat die Belegschaft schon seit 2 Jahren gegen die drohende Stilllegung des Werkes gekämpft. Sie verhinderte schon 1974, zusammen mit ihren Ehefrauen, daß über Nacht wertvolle Maschinen abgebaut und abtransportiert wurden. Tag und Nacht bewachte sie damals den Betrieb, um notfalls Alarm zu schlagen, alle Zufahrtswege mit Autos zu blockieren und wenn nötig den gesamten Betrieb zu besetzen.

### Subventionen

Die Regierung will jetzt dem Konzern weitere 540 Mio. DM an Subventionen in den Rachen werfen. Doch wer garantiert, daß die Arbeitsplätze dann gesichert sind? Wer steht dafür gerade, daß diese Riesensumme an Steuergeldern sinnvoll investiert werden? Solange das "Geschäftsgeheimnis" verhindert, daß die Arbeiter und Angestellten voll und ganz über den verbliebenen Profit Bescheid wissen, solange wird es noch tausende Male vorkommen, daß am Freitagnachmittag plötzlich Betriebsversammlungen einberufen werden, auf denen den "lieben Mitarbeitern" eröffnet wird, daß sie am Montagmorgen vor dem Nichts stehen, weil der Betrieb bankrott ist und dicht macht!

### Welches Programm?

Deshalb: \* Offenlegung aller Geschäftsbücher der Firma! Keine Entlassungen!

\* Überführt VFW-Fokker in Gemeineigentum unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung!

\* Der DGB und die holländischen Gewerkschaften müssen ihre Mitglieder zur Durchsetzung dieser Forderungen mobilisieren, sonst entsteht in einigen Jahren wieder eine ähnliche Situation!

Da in das Projekt bisher Subventionen von mehr als 1 Mrd. DM geflossen sind, jedoch nur 16 Flugzeuge dieses Typs fertiggestellt werden sollen, war unter der Belegschaft von "Wirtschaftskriminalität allererster Ordnung" und von "Subventionsbetrug" die Rede. Die Bundesregierung möchte den Konzern durch Zusammenschluß mit Messerschmidt-Bölkow-Blohm "retten". Doch die Beschäftigten be-

### Stahlkrise im Saarland:

## ARBEITER FORDERN GEMEINEIGENTUM DER STAHLINDUSTRIE!

Besonders tiefe Löcher hat die Krise, die nun schon seit fast 4 Jahren ohne eine grundlegende Verbesserung andauert, in die deutsche Stahlindustrie gerissen. 1977 hat diese 10 % weniger Stahl als im Vorjahr produziert. Verglichen mit dem Spitzenjahr 1974 sank der Ausstoß sogar um 27 Prozent. Die Kapazitäten der Rohstahlkoker waren 1977 nur zu 56,6 % ausgelastet. Was bedeutete dies für die Belegschaften? Sie hatten die Last natürlich zu tragen! Auf bundesdeutscher Ebene arbeiten 21,5 % der Stahlarbeiter kurz, im Saarland mehr als 50%, Zehntausende haben schon ihren Arbeitsplatz verloren!

Kein Wunder, daß die saarländischen Arbeiter den Kampf um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze angefangen haben. Von den 35000 Beschäftigten der dortigen Stahlindustrie (Ende 1976) wurden bereits im Laufe des Jahres 1977 4.500 entlassen. Nach der Übernahme der beiden Hütten Röchling-Burbach (Völklingen) und des Neunkirchener Eisenwerks durch den luxemburgischen Konzern ARBED drohen weitere 10.000 Entlassungen! Diese würden die Arbeitslosigkeit im Saarland von jetzt schon 8,0 % auf weit über 12 % ansteigen lassen!

### „Selbstheilung“

Die "Selbstheilungskräfte des Marktes" kennen nur eine äußerst bittere Medizin gegen die Krankheit des Kapitalismus: Vernichtung von Konkurrenten und Auffressen von Arbeitsplätzen. Selbst Hans Becker, saarländischer SPD-Landtagsabgeordneter und Betriebsratsvorsitzender der Eisenwerke, sprach von einem "mörderischen Verdrängungswettbewerb auf dem europäischen Stahlmarkt" als Ursache der Krise. Wenn er dies erkannt hat, warum setzt er sich dann nicht mit ganzer Kraft für die Abschaffung dieses "Verdrängungssystems" ein, nicht nur im Stahlbereich, sondern in allen anderen Industriezweigen, denen in den nächsten Jahren

ähnliche Entwicklungen bevorstehen?

### Gemeineigentum

Schon im November forderte die Belegschaft der Hütte Röchling-Burbach die Überführung der Hütte in Gemeineigentum. Als diese Forderung dem Landtag - unter Berufung auf den entsprechenden Artikel 2 der Landesverfassung - vorgelegt wurde, bezeichnete der FDP-Wirtschaftsminister Klumpp diesen Artikel als "grundgesetzwidrig"! Am 22. November demonstrierten wieder 8.000 Metallarbeiter in Neunkirchen gegen die Absicht der ARBED, den Betrieb weitgehend stillzulegen. Sie wurde dabei durch Delegationen aus Lothringen (Frankreich) und Luxemburg unterstützt, die als Grenzpendler ebenfalls in der betroffenen Hütte beschäftigt sind. Durch die Stilllegung soll lästige Konkurrenz ausgeschaltet werden, nachdem die ARBED den Betrieb vorher aufgekauft hatte. Unter starkem Beifall sprach sich der Bevollmächtigte der IG Metall, Georg Jung, für die Vergesellschaftung der Stahlindustrie an der Saar aus. Dies ist der einzige Weg aus der Krise heraus. Leider reichen solche Absichtserklärungen alleine noch nicht aus. Die IG Metall muß mit der Unterstützung der geballten Macht des DGB jetzt für diese Forderung mobilisieren. Sie wird jedoch erst dann ihre volle Wirkung entfalten können, wenn sie eingebettet ist in die Überführung der gesamten Metallindustrie in Gemeineigentum.

- \* Für die Überführung der saarländischen Metallindustrie in Gemeineigentum!
- \* Für die demokratische Kontrolle der Betriebe durch Aufsichtsräte, die zu je einem Drittel aus Vertretern des DGB, der Belegschaft und des Staates zusammengesetzt sind!
- \* Für eine demokratische sozialistische Planwirtschaft!



## ABONNIERT VORAN

ICH MÖCHTE VORAN ABONNIEREN

und habe DM 7,- auf das Postscheckkonto H. G. Oringer, Postscheckamt Essen, Nr. 170-20-433 überwiesen. (Abopreis für 6 Ausgaben)

ICH MÖCHTE WEITERES INFORMATIONSMATERIAL

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Redaktion "Vorán" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75